Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 5. Dezember 1998 **109. Jahrgang Nr. 31.174**

Japanreise als politische Demo

Vor Unternehmern Führungsqualitäten herausgestrichen

Nachdem Präsident Carlos Menem am Donnerstag mit dem japanischen Premierminister Keizo Obuchi zu einer Analyse der bilateralen Beziehungen und der Möglichkeit der Steigerung japanischer Investitionen in Argentinien zusammengetroffen war, stand am Nachmittag des gleichen Tages eine Veranstaltung mit 600 hochkarätigen Unternehmern auf dem Programm. Die Japanreise Menems, deren Hauptanliegen die Feierlichkeiten der hundertjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern war, stand daneben im Zeichen der Handelsbeziehungen.

Vor den über 600 Wirtschaftsgewaltigen präsentierte sich Carlos Menem als einziger Urheber der Wandlungen in Argentinien und versicherte, in einer für zwei Empfänger bestimmten Botschaft, „wenn da keine politische Führung ist, die den Wirtschaftsminister unterstützt, geht alles kaputt“. Weit entfernt von ihrer häuslichen Politik nahmen seine japanischen Zuhörer Menems Worte zur Kenntnis, der allem Anschein nach nicht nur zu potentiellen Investoren sprach, sondern auch zu seinen politischen Gegnern von der Allianz und seiner Konkurrenz in der eigenen Partei, dem Gouverneur Eduardo Duhalde.

Im Rahmen seiner Analyse vermied Menem die Nennung seines Ex-Wirtschaftsministers Domingo Cavallo, sehr bekannt in den Entscheidungsebenen in Japan, dem er die Vaterschaft des Konvertibilitätsplans bestreitet, mit dem Argentinien aus der Hyperinflation herauskam. Menem sprach dabei im Rahmen eines Investitios-Seminars in Tokio, in dem auch Wirtschaftsminister Roque Fernández und die Unternehmer Enrique Pescarmona und Guillermo Alchourón das Wort ergriffen. Die Teilnahme am Seminar, ein Gespräch mit Mitgliedern des japanischen Parlaments und die vorgenannte Arbeitssitzung mit dem japanischen Premierminister Keizo Obuchi waren die drei hauptsächlichen Tätigkeiten Menems am vorletzten Tag seines Japanbesuches. Menem nützte die Gelegenheit, in der berühmten Nikkei Hall, der Tokioter Börse, zu sprechen. Menem liess es sich, wie bei anderen Gelegenheiten nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass die Radikalen sechs Monate vor Auslaufen ihres Mandats die Macht angesichts der Regierungsunfähigkeit des Systems aus der Hand gaben. Andererseits aber liess es sich Menem nicht nehmen, einen Köder für die potentiellen Investoren auszuwerfen und wies auf die Staatsreform, die Privatisierungen, die soziale Marktwirtschaft und eine rigorose Disziplin im Bereich der Steuern hin.

De la Rúa ist Präsidentschaftskandidat

Mit 64:36 Prozent distanzierte das Stadtoberhaupt Fernández Meijide klar

Stadtregierungschef Fernando De la Rúa ist am Sonntag zum Präsidentschaftskandidaten des Oppositionsbündnisses Alianza für die Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999 gewählt worden. In einer landesweiten, offenen und parteiinternen Kandidatenwahl setzte sich der Radikale in einer von der Parteibasis durchgeführten Kampfabstimmung eindeutig mit 64:36 Prozent gegen Graciela Fernández Meijide vom Frepaso durch.

De la Rúas justizialistischer Gegenkandidat um die Nachfolge Carlos Menems als Staatspräsident wird erst im April 1999 bei Internwahlen der Regierungspartei PJ gekürt.

De la Rúa gewann in allen 23 Provinzen Argentiniens, die unterlegene Kontrahentin Fernández Meijide kam lediglich in der Bundeshauptstadt zu einem allerdings eindeutigen Sieg mit 20 Prozentpunkten Differenz über De la Rúa. Fernández Meijide wird nun bei den als Kandidatin für das Amt des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires antreten. Am Rande der Wahlen entschieden die Parteispitzen der Allianz, dass Aníbal Ibarra (Frepaso) im nächsten Jahr für das Amt des Stadtoberhauptes von Buenos Aires kandidieren wird.

Kam De la Rúas Sieg nicht überraschend, so übertraf das überzeugende Ergebnis der Internwahlen mit 28 Prozentpunkten Vorsprung für den Radikalen jedoch alle Umfrageergebnisse. Bemerkenswert an der Wahl ist auch die Tatsache, dass Fernandez Meijide ausgerechnet die von De la Rúa geführte Bundeshauptstadt mit 53,61 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Von den etwa 2,4 Millionen Wählern stimmten insgesamt rund 1,475 oder 64 Prozent für De la Rúa, Fernández Meijide erhielt etwa 842.000 Stimmen oder 36 Prozent. In den Provinzen Chaco (88,99 Prozent), La Rioja (87,15), Catamarca (86,17) und Misiones (85,43) konnte der 61jährige Präsidentschaftskandidat die deutlichsten Mehrheiten verbuchen. In 18 Provinzen erreichte De la Rúa Werte über seinem landesweiten Durchschnitt von 64 Prozent, darunter auch in den bevölkerungsreichen Provinzen Córdoba (76,96 Prozent), Tucumán (66,55) und Santa Fé (64,08).

Die geringsten Mehrheiten gab es für De la Rúa in den Provinzen Neuqúen und Buenos Aires. In der Andenprovinz Neuquén verzeichnete der Radikale mit 50,34 Prozent nur einen marginalen Vorsprung von 0,68 Prozentpunkten vor Fernández Meijide. In der Provinz Buenos Aires errang das bonaerenser Stadtoberhaupt mit 58,63 Prozent ebenfalls ein Ergebnis unter dem landesweiten Durchschnitt.

Eine interessante Konstellation ergab sich im Conurbano. Dort gewann De la Rúa 14, Fernández Mejide 12 Wahlbezirke. Jedoch erhielt die Frepaso-Politikerin im Conurbano mit 222.537 zu 220.889 mehr absolute Stimmen als der Radikale.

In San Fernando (26 Prozentpunkte) und San Isidro (24) errang De la Rúa den grössten Stimmenvorteil, Fernández Mejide ezielte ihre besten Ergebnisse im Conurbano in Ituzaingó und Hurlingham.

Probleme mit Kontinentaleisvertrag

Chilenische Rechte hat Einwände

Aussenminister Guido Di Tella flog am Freitag nach Santiago de Chile, um mit seinem Amtskollegen José Miguel Insulza einen neuen Termin für die Unterzeichnung des bilateralen Kontinentaleisvertrages zu vereinbaren. Bis Mitte der Woche hatte festgestanden, dass die beiden Aussenminister am Freitag den Vertrag in Santiago unterzeichnen würden. Dazu war vom Aussenministerium die Anwesenheit der Abgeordneten Marcelo Stubrin (UCR), Dante Caputo (Frepaso) und Guillermo Estévez Boero (Frepaso) bei der Unterzeichnung bestätigt worden. Ursache der Verschiebung ist die plötzliche Halsstarrigkeit der Pinochet-Anhänger in der Legislative, die gegen die Unterzeichnung sind, weil angeblich vorher noch eine Inspektion in der fraglichen Gegend durchgeführt werden soll. Wie verlautet, soll der wahre Grund aber die Absicht sein, Druck auf die chilenische Regierung auszuüben, damit Pinochet heimkehren kann. Gleichzeitig verlautete, dass möglicherweise der Besuch des chilenischen Präsidenten Eduardo Frei in Buenos Aires der neue Unterzeichnungstermin sein könnte. Frei kommt am 15. Dezember und, so ein Sprecher des Aussenministeriums, bei der Gelegenheit könnten die beiden Präsidenten unterzeichnen und damit das jahrelange Hin und Her beenden. Die Vereinbarung würde dann den 1991 von Menem und dem seinerzeitigen chilenischen Präsidenten Patricio Aylwin unterzeichneten Vertrag, den die Legislativen beider Länder ablehnten, ablösen. Dem chilenischen Rechts-Senator Sergio Romero zufolge könnte der Vertrag frühestens zwischen dem 19. und dem 31. Dezember unterzeichnet werden.

Präsidentschaftskandidat Fernando de la Rúa

Der Wahlsieg Fernando de la Rúas am vergangenen Sonntag erwies sich als ebenso überwältigend wie eindeutig. Mit mehr als 63 Prozent der Stimmen siegte De la Rúa über Graciela Fernández Meijide mit nur 36 Prozent nahezu zwei zu eins in allen Provinzen. Allein die Bundeshauptstadt, wo De la Rúa paradoxerweise gewählter Regierungschef sowie Parteipräsident mit eigener Hausmacht ist, wurde er von Fernández Meijide geschlagen. Der Vorsprung betrug 27 Prozentpunkte, deutlich mehr als alle Umfragen ermittelt hatten.

Trotz Gewinne der unterlegenen Frepaso-Kandidatin in einigen Bezirken unweit der Bundeshauptstadt, siegte De la Rúa auch in der Provinz Buenos Aires, wo Fernández Meijide am 26. Oktober 1997 gegen die Gouverneursgattin Hilda „Chiche“ Duhalde als Listenerste der Deputiertenwahl klar gewonnen hatte. In den anderen „grossen“ Provinzen Santa Fe, Córdoba, Entre Ríos und Mendoza wurden noch höhere Siegesresultate für De la Rúa ermittelt, auch in Neuquén und Rosario, wo die FREPASO-Kandidaten in den letzten Wahlen gesiegt hatten, ganz zu schweigen von entlegenen Provinzen mit spärlicher FREPASO-Präsenz.

Alles in allem, erwies sich die parteiinterne offene Wahl als ein Siegestriumph für den gestandenen Politiker Fernando de la Rúa, dem die radikale Partei UCR ihre Unterstützung nicht versagte. Auch die parteiinternen Fraktionen, die De la Rúa als angeblich zu konservativ kritisieren, blieben bei der Stange. Mit über 1,5 Millionen eingeschriebenen Parteimitgliedern erdrückte die UCR die alliierte Koalition mehrerer kleiner Parteien und abtrünniger Peronisten, im Kürzel als FREPASO bekannt.

Der Wahlkampf zwischen beiden Kandidaten war denkbar zivilisiert geführt worden, indem persönliche Verbalattacken vermieden wurden und die Kritik an den Gegner bzw. der Gegnerin besonders zurückhaltend formuliert wurde. De la Rúa qualifizierte seinen Sieg, als ob Fernández Meijide keine Wahlschlappe erlitten hätte, welche Behauptung sicherlich den Tatsachen keinesfalls entspricht, hat es doch einen Sieger und eine Verliererin gegeben.

Die Wahlbeteiligung war mit rund 2,4 Millionen Bürger, die sich bei über 26.000 zugelassenen Wahllokalen meldeten, ein Rekord parteiinterner offener Wahlen. Bisher hatte es nur zwei solche Wahlen gegeben, bei denen die zugelassenen Bürger keinem gesetzlichen Wahlzwang unterstehen wie bei nationalen Wahlen seit 1912. Präsident Menem kündigte zudem am Wahltag an, dass er die Aufhebung des Wahlzwanges befürworte, wofür freilich die Verfassung geändert werden müsste, seit die Novelle von 1994 den vorher nur gesetzlich verbrieften Wahlzwang bestätigt hat.

Zur offenen parteiinternen Kandidatenwahl waren alle Bürger und Bürgerinnen zur Wahl aufgefordert worden, die keiner anderen Partei angehören oder parteilose Wechselwähler sind. Vor zehn Jahren übten sich zwei kleine linkssozialistische Parteien in offenen Wahlen, zu denen nur 150.000 Bürger erschienen. Damals siegte der vormals christdemokratische Politiker Néstor Vicente mit der Unterstützung der Parteikommunisten über den Linkssozialisten Luis Zamora. Fünf Jahre später siegte innerhalb des FREPASO José Octavio „Pilo“ Bordón über Carlos „Chacho“ Alvarez, beide abtrünnige Justizialisten, mit knapper Mehrheit bei rund 500.000 Stimmen.

Dieses Mal schritten 2,4 Millionen Wähler zu den Urnen. Die Zahl entspricht nahezu den eingeschriebenen Mitgliedern der oppositionellen Parteienkoalition, genannt Allianz für die Erziehung, die Gerechtigkeit und die Arbeit. Indessen wird angenommen, dass die meisten Wähler ungebunden waren. Die Prognose, dass bei starker Beteiligung der Wechselwähler Fernández Meijide den Sieg davontragen könnte, hat sich somit als falsch erwiesen. De la Rúa genoss offensichtlich die Unterstützung dieser parteiungebundenen Wähler, von denen angenommenerweise die meisten keinesfalls Jugendliche waren, die offenbar lieber zu Hause blieben. Fernández Meijide bedauerte, dass sich wenige Wähler unter dreissig Jahren gemeldet haben.

Die Wahlrichter hatten die Mitglieder anderer Parteien als die der Allianz aus den Wählerlisten gestrichen. Indessen wurden zahlreiche Klagen ungebundener Bürger verzeichnet, die nicht zugelassen wurden, weil sie angeblich einer Allianz-fremden Partei angehörten, was sich als falsch herausstellte. Laut Santiago Díaz Ortiz, UCR-Bevollmächtigter, mögen bis zu zehn Prozent der Wähler dergestalt ausgeschlossen worden sein. Offenbar beruhte diese Unregelmässigkeit auf den Mitteilungen kleiner Parteien an die Wahlrichter, denen Namen von allerlei Bürgern zugespielt wurden, die möglicherweise auf der Strasse von Aktivisten gefragt worden waren und dann einseitig, ohne ihr Einverständnis, als Parteimitglieder angegeben wurden. Mit diesem korrupten Trick gaben kleine Parteien die vorgeschriebene Mindestzahl an Mitgliedern zwecks Zulassung im Parteienregister an, die gegebenenfalls nach den Wahlen mit Subventionen einhergingen. Künftig sollten die Wahlrichter die Wählerlisten nochmals durchsehen, ehe sie auf solche korrupte Tricks hereinfallen, auch wenn in der Folge die politische Rechtspersönlichkeit der betreffenden Parteien erlischt.

Die Feier des Wahlsieges ging freilich unter, weil am gleichen Nachmittag der volkstümliche Fussballklub Boca Juniors seinen 17. Meistertitel errungen hatte und Tausende von begeisterten Anhängern nicht nur am Obelisk in der Bundeshauptstadt, sondern landesweit in zahlreichen anderen Städten die Meisterschaft mit Skandierungen, blau-gelben Fahnen und Verkleidungen feierten. De la Rúa liess es sich nicht entgehen, als Boca-Fan seine Siegesrede vor Parteianhänger mit einem blau-gelben Trikot zu beenden, das ihm der radikale Parteimacher Enrique „Coti“ Nosiglia mit der Unterschrift der Spieler beschafft hatte.

Mit Fernando de la Rúa steht nun der Kandidat für die nächstjährigen Präsidentschaftswahlen namens der Allianz fest. Seine politische Laufbahn begann De la Rúa 1973 als 36jähriger mit dem damals überraschenden Sieg als Senator für die Bundeshauptstadt gegen den peronistisch-nationalistischen Kandidaten Marcelo Sánchez Sorondo. Kurz danach verlor er als Kandidat für die Vizepräsidentschaft mit dem radikalen Parteiführer Ricardo Balbín gegen Juan Domingo Perón und seine dritte Gattin María Estela, genannt Isabel. Schon 1983 gelang ihm abermals der Wurf in den Senat mit einem überwältigenden Wahlsieg. Darauf folgte 1989 ein bescheidener Erfolg, der ihm im Wahlmännerkollegium durch ein dubioses politisches Geschäft zwischen Justizialisten und den Liberalen Alsogarays weggenommen wurde. De la Rúa insistierte 1991 als Deputierter sowie 1992 abermals als Senator. Zuletzt wurde er 1993 zum Regierungschef in der Bundeshauptstadt gewählt.

Letztes Ziel dieser erfolgreichen Karriere des politischen Profis ist die Präsidentschaftswahl vom Oktober 1999, gegebenenfalls die Zweitwahl im November, sofern De la Rúa freilich die Wahlen gewinnt, was abzuwarten bleibt. Vorerst sprechen die Umfragen der Wählerabsichten für seinen Sieg, ohne dass bisher sein justizialistischer Gegner gekürt worden wäre. Das soll am 11. April 1999 über die Bühne gehen. Erst nachher setzt der eigentliche Wahlkampf ein. Unterdessen darf sich Fernando de la Rúa im Wahlerfolg sonnen.

Fahrgast finanziert Investitionen

Eisenbahnfahrpreise werden erhöht / Neue Waggons erst ab 2001

Die Geldbörsen der Kunden von Mitre- und Sarmiento-Bahn werden die ersten sein, die die Auswirkungen der Neuverhandlungen der Privatisierungsverträge der Eisenbahnen verspüren werden. Nach mehreren Monaten andauernden Debatten erreichte die Regierung am Dienstag die Unterstützung der Legislative für die Unterzeichnung des neuen Konzessionsvertrages mit dem Unternehmen Trenes de Buenos Aires (TBA). Unmittelbare Folge sind eine Reihe von Fahrpreiserhöhungen ab 1999.

Ebenso wie bei anderen Privatisierungen, die in den letzten Monaten neuverhandelt wurden (Aguas Argentinas und Strassen mit Mautgebühren) sollen mit der von der Regierung geförderten Erneuerung der TBA-Konzession der grössere Teil der Investitionen mit den Mitteln finanziert werden, die der Fahrgast durch Tariferhöhungen beisteuert. Im Falle der Mitre- und der Sarmiento-Bahn beginnen die Fahrpreissteigerungen in den ersten zwei Monaten des kommenden Jahres mit einer Erhöhung um 15 Prozent und werden mit einer gleichen Steigerung im zweiten Halbjahr 1999 fortgesetzt.

Die Erhöhungen werden bis 2003 fortgesetzt und am Ende eine Steigerung von 80 Prozent im Verhältnis zu den heutigen Fahrpreisen ausmachen. Dazu kommt eine umstrittene Verlängerung der ursprünglichen Konzessionsdauer, die im Jahre 2005 ausliefe, um 20 Jahre. Dies bestätigt eine Tendenz der menemistischen Verwaltung: In ihren letzten Monaten Entscheidungen zu treffen, die kommenden Regierungen kaum Handelsspielraum lassen.

Wie sieht es nun mit den versprochenen Verbesserungen aus? TBA befördert auf den beiden genannten Linien monatlich fast 18 Millionen Fahrgäste. Werden die Versprechungen der Konzessionärin erfüllt, die von der Regierung in der Neuverhandlung akzeptiert wurden, müssen vor der ersten Tariferhöhung 33 reparierte und mit Klimaanlage ausgerüstete Waggons und acht neugestaltete Stationen in Betrieb genommen werden. Bei der folgenden Tariferhöhung im zweiten Halbjahr 1999 müssen weitere 48 mit Klimaanlage ausgerüstete Waggons und elf neugestaltete Stationen in den Betrieb übernommen werden.

Die ersten 50 neuen Waggons, die TBA kaufen muss, werden die Zugbenützer allerdings erst im Jahre 2001 zu Gesicht bekommen. Bis 2003 aber muss der unfreiwillige Investor warten, bis die 150 neuen Waggons im Betrieb laufen werden, die der Konzessionär für die Tariferhöhungen versprochen hat.

Zulemita mit eigenem Programm

Nach ihrem die britische öffentliche Meinung beeindruckenden Wallen in London hat Zulemita Menem wieder einmal einen kleinen Aufruhr im Rahmen des offiziellen Besuches ihres Vaters in Japan verursacht. Obwohl das japanische Protokoll fast so rigoros wie das britische ist, verstiess die „erste Dame“ gegen mehrere Regeln. Vor allem aber glänzte sie bei den offiziellen Akten im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich der 100jährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern durch Abwesenheit. Zulemita aber erwirkte mit Hilfe des argentinischen Botschafters in Tokio ein Gespräch mit Hiroshi Okudo, dem allmächtigen Toyota-Präsidenten, obwohl die Manager meinten, Privatgeschäfte vereinbarten sich nicht mit dem offiziellen Besuch. Der Clou aber war, dass Zulemita auf Grund von „Terminschwierigkeiten“ Okuda auf gut deutsch versetzte.

Rettungsring für die Provinz Jujuy

Finanzspritze zur Zahlung rückständiger Gehälter

Die Nationalregierung wird der Provinz Jujuy zur Überwindung ihrer schweren Finanzkrise Wirtschaftshilfe gewähren. Dies kündigte am Dienstag Innenminister Carlos Corach vor der Presse an. Am Tag danach unterzeichnete Corach zusammen mit dem neuen Gouverneur der Provinz, Eduardo Fellner, die Resolution über die Staatshilfe.

Der Provinzmandatar, der seit Samstag der vergangenen Woche am Steuer der Provinzverwaltung steht, hatte am Montag 20 Millionen zur Lösung der dringlichsten Nöte gefordert, am Dienstag aber erklärt, er erwarte eine zweite Zahlung in gleicher Höhe und in nicht allzulanger Zeit. Fellner strebt die Zahlung von längst fälligen Gehältern im öffentlichen Dienst an, von denen ein Teil noch bis zum September zurückreicht. Dieser Rückstand, unmittelbar bevorstehende soziale Unruhen und die Drohung des politischen Prozesses waren die Gründe, die den Rücktritt von Ex-Gouverneur Carlos Ferraro beschleunigten. Ferraro muss sich dazu noch verschiedenen Justizprozessen stellen.

Eines dieser Verfahren, in dem man ihm Unterschlagung und irreguläre Designierung eines Beamten im Banco de Acción Social vorwirft, bewirkte am Dienstag das spontane Erscheinen des Ex-Gouverneurs im Gerichtsgebäude der Provinzhauptstadt. Von Untersuchungsrichter Raúl Gutiérrez verlangte er bei dieser Gelegenheit „persönliche Sicherheit“, das heisst Personenschutz. Vermutlich hat er auch Grund dazu. In Jujuy befinden sich die Staatsangestellten immer noch im Streik und wollen es so lange bleiben, bis alle rückständigen Gehälter bezahlt sind.

Nach dem Rücktritt von Ferraro wurde Fellner von der Provinzlegislative zum Nachfolger bestimmt. Er war vorher 1. Vizepräsident der Provinzabgeordnetenkammer. Vom ersten Moment an hatte er unmittelbare Hilfe durch die Nationalregierung gefordert. Gleichzeitig hatte er alle Sektoren der Provinz zum Dialog und zum sozialen Frieden aufgerufen.

„Chacho“ Nachfolger von Chupete?

Graciela Fernández Meijide sprach es aus. Bei einem Treffen mit einer Gruppe von Frepaso-Parteigrössen am Montag ,versicherte sie, es sei nicht zweckmässig, dass Carlos „Chacho“ Alvarez für das Amt des Vizepräsidenten kandidiere. Dies ist nach dem Triumph Fernando de la Rúas in der Internwahl die naheliegendste Möglichkeit.

Diese Äusserung machte bereits am Montag nachmittag in der Stadt die Runde und wurde spät abends im Fernsehen von der Frepaso-Abgeordneten bestätigt. Chacho Alvarez selbst liess verlauten, er habe noch keine Entscheidung getroffen, hege aber die gleiche Besorgnis wie Fernández Meijide, ein Vize Alvarez bleibe gebunden an eine konfliktive Beziehung mit De la Rúa.

Allerdings versicherte er, er werde sich in vier oder fünf Tagen entscheiden, ob er als Formelpartner zur Verfügung stehe oder ob er sich um den Posten des Stadtregierungschefs bewerben werde. Auf das Amt des Vize hat seine Partei nach der Niederlage in der Internwahl jedenfalls ein Anrecht. Fernández Meijide, dies wurde unmittelbar nach Bekanntwerden des Resultats der Internwahl verkündet, wird ja für das Gouverneursamt in der Provinz Buenos kandidieren. Alvarez seinerseits erklärte gegenüber einem Radiosender in der Hauptstadt, er werde hinsichtlich seiner Zukunft als Vize drei Fragen prüfen: Was das beste für die Allianz ist, was dem Frepaso in seinem Wachstum als politische Kraft am meisten nützt und die Einwirkung des Amtes auf sein persönliches Leben. Fernández Meijide aber erklärte gegenüber der Presse, es sei hinsichtlich des Vize das letzte Wort noch nicht gesprochen. Auf den Hinweis, sie und Alvarez seien die einzigen hochkarätigen Frepasopolitiker, die nationale Ausstrahlung hätten, versicherte Fernández Meijide: „Das ist etwas relatives, weil der Vizepräsidentenkandidat nicht notwendigerweise eine nationale Ausstrahlung braucht.“

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

USA-Reise Menems

Aussenminister Guido Di Tella traf sich am Donnerstag mit seiner US-Kollegin Madeleine Albright, um mit ihr Details des Staatsbesuchs von Präsident Carlos Menem in Washington zu besprechen. Es gilt ein Problem zu lösen: Die USA ziehen vor, dass Menem im Januar kommt. Die argentinische Regierung hingegen wünscht einen Termin im April oder Mai 1999. Botschafter Diego Guelar weist dazu ausdrücklich auf ein Problem in der Agenda Bill Clintons hin.

Palito siegessicher

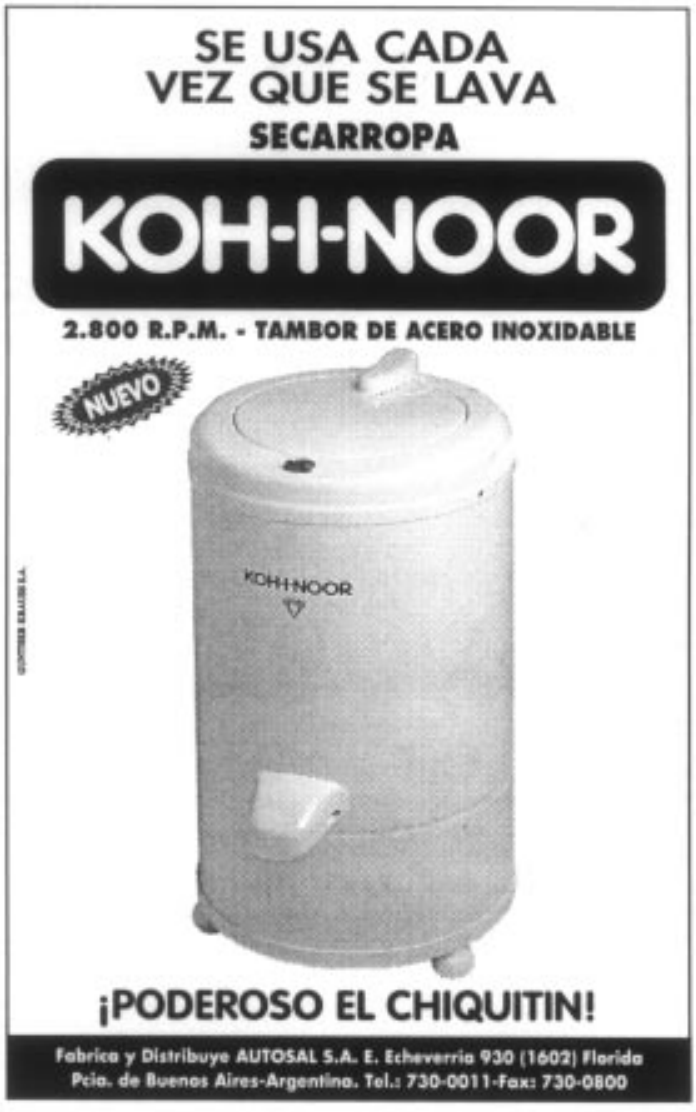
Ramón „Palito“ Ortega versicherte am Dienstag, er könne die PJ-Internwahlen mit Hilfe der Wählerstimmen des Landesinneren gewinnen. Ortega, der im Rahmen des Rennens um die Präsidentschaftskandidatur gegen den bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde antritt, relativierte die Möglichkeit vorgezogener Wahlen, wie das vom Duhaldismus vorgeschlagen wurde.

Pressefreiheit

Senator José Romero Feris, Vorsitzender der Kommission für die Freiheit der Meinungsäusserung des Senats, hat von der Academia Argentina de Artes y Ciencias de la Comunicación ein Ehrendiplom für die Verteidigung der Pressefreiheit erhalten.

Salta wählt im Mai

Die Provinzregierung in Salta hat am Dienstag zu Gouverneurswahlen am 9. Mai des kommenden Jahres aufgerufen. Dies ist genau sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen.



Justizangestellten streiken

Die Angestellten der Justiz in der Hauptstadt veranstalteten am Mittwoch und am Donnerstag einen 36-Stunden-Streik mit der Forderung einer mindestens 20 prozentigen Gehaltserhöhung. In den anderen Landesteilen wollen die Justizangestellten 48 Stunden streiken. Die zuständige Gewerkschaft hat angekündigt, dass die Protestmassnahmen den ganzen Monat Dezember hindurch fortgesetzt werden.

Die Kleinen fängt man...

Einem Ex-Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums während der Amtszeit von Antonio Erman González wird jetzt im Zusammenhang mit dem illegalen Waffenverkauf an Kroatien der Prozess gemacht. Der Ex-Funktionär Carlos Carballo, der am Dienstag zugab, den Text für die späteren Präsidialdekrete aufgesetzt zu haben, ist damit der erste Beamte, der sich in dem Waffenskandal zu verantworten hat, obwohl er kaum verantwortlich zeichnete.

Senat will arbeiten

Die Senatorenkammer beabsichtigt in den kommenden Wochen auf Hochtouren zu arbeiten, um alle anhängigen Projekte zu verabschieden. Die Sitzerneuerung am 9. Dezember bewirkt, dass alle Begutachtungen, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht behandelt wurden, das ganze legislative Verfahren von Anfang an wiederholen müssen. Die Senatoren einigten sich daher darauf, bis zum Mittwoch der kommenden Woche jeden Tag eine Sitzung zu veranstalten.

Castro macht Besuche

Aus Havanna verlautet, dass zu Wochenbeginn Kubas Präsident Fidel Castro die argentinische Botschaft aufsuchte, um sich mit der Delegation aus Santa Fe unter Führung von Gouverneur Jorge Obeid zu unterhalten. Gleichzeitig verabschiedete sich Castro von dem scheidenden Botschafter Jorge Tellerman und begrüsste den neuen, Santos Casele.

Angeloz traf Corach

Innenminister Carlos Corach empfing am Mittwoch den Senator Eduardo Angeloz zu einem Gespräch. Wie verlautet, legte Angeloz, der von mehreren Bürgermeistern seiner Provinz begleitet war, dem Innenminister die wirtschaftliche Situation einer Reihe von Orten in der Provinz Córdoba dar.

Gustavo Beliz

Der Fraktionschef der Nueva Dirigencia-Abgeordneten in der Stadtlegislative, Enrique Rodríguez, hat am Mittwoch ausdrücklich versichert, Versionen über einen eventuellen Eintritt von Gustavo Beliz in die Allianz seien „völlig absurd“. Rodríguez erklärte, die Nueva Dirigencia habe noch keine taktischen Entschlüsse hinsichtlich der Wahlen von 1999 gefasst, halte aber die Allianz mit der Partei Acción por la República von Domingo Cavallo aufrecht.

Nachfolger für O“Donnell

Der Hauptstadt-PJ erwägt die Möglichkeit, den Gewerkschafter Roberto García als Senatorenkandidat zu nominieren. García soll Mario „Pacho“ O“Donnell ablösen. Wie verlautet, gibt es offiziell noch keine Ernennung, aber Verhandlungen mit García, die weit fortgeschritten sein sollen.

Schulbeginn 8. März

Der Consejo Federal de Educación hat am Mittwoch bekanntgegeben, dass das Schuljahr 1999 in der Hauptstadt, Santiago del Estero und Mendoza am 8. März beginnt. In Buenos Aires werden nur die Schüler, die das erste Jahr in den mittleren und technischen Schulen absolvieren, bereits am 3. März beginnen. Die Winterferien werden in Buenos Aires vom 19. bis 30. Juli durchgeführt und letzter Schultag wird in allen Stufen der 10. Dezember sein. Die Winterferien in Mendoza vom 12. bis 23. Juli und Schulschluss am 30. November. In Santiago del Estero fallen die Winterferien wie in Buenos Aires.

Hundeausführer werden registriert

Stadtregierung will ein altes Problem lösen

Seit 1. Dezember ist die Sache ernst: Für das Hundeausführen muss geblecht und ausserdem ein Kurs über Bürger-, Umwelt- und Sanitärverhalten abgelegt werden, wie die Stadtregierung jetzt bekanntgab. Dafür müssen sich die Hundeausführer in ein Registro Unico de Paseadores de Perros (Gesamtregister der Hundeausführer) eintragen lassen, eine besondere Kennkarte bei sich tragen und im März einen Kurs besuchen. Zweck des Kurses: Vermittlung der Grundkenntnisse hinsichtlich der Folgen des Hundekots für die Gehsteige.

Wie aus der Stadt verlautet, soll in dieser ersten Etappe bei den Hundeausführern das Verantwortungsbewusstsein geweckt werden, damit sie das entfernen, was die Hunde hinterlassen. Damit im Zusammenhang kündigt die Stadtregierung einmal mehr die Aufstellung von Tütenautomaten auf allen Plätzen an. Allerdings ist es nicht das erste Mal, dass die Stadtbürokraten an ihren Schreibtischen eine Lösung für das bisher unvermeidbare ausbrüten: Die 40 Tonnen Kot, die von den Vierbeinern auf der Strasse produziert werden, von denen 20 Prozent an Parasiten leidet.

Es ist ein altes Problem. 1987 verabschiedete der seinerzeitige Stadtrat die Verordnung 41.831, derzufolge die Besitzer der 400.000 Hunde in der Stadt mit kleinem Besen und Tüte den Kot ihrer Lieblinge unmittelbar nach Beendigung des Geschäfts entfernen. Doch die Stadtratsverordnung wurde von den Bürgern ganz einfach nicht befolgt. Versuche der Stadtregierung, der Plage Herr zu werden, verliefen alle im Sande, ohne eine Lösung zu bringen und Geldbussen, die bereits in der alten Verordnung vorgesehen waren, wurden nie erhoben. So konnte sich auf Grund der Mentalität der „porteños“ eine regelrechte Hundeklokultur auf Nebenstrassen und Parks, die dem Geruch nach nur für Hunde da sind, entwickeln. Bekannt ist auch, dass mit Hundebesitzern nicht gut Kirschen zu essen ist, da diese glauben, es sei ihr gutes Recht, die Gehsteige durch ihre Hunde verschmutzen zu lassen.

Ohne vorbestimmte und eingezäumte Plätze in den Grünflächen ist auch die Absicht, die Tätigkeit der Hundeausführer gebührenpflichtig zu machen nicht neu. Im vergangenen Jahr wollte die Stadtregierung jedem der Hundeausführer für das Jahr 200 Pesos abnehmen und die Zahl der Hunde auf jeweils zehn begrenzen. Doch blieb am Ende alles nur Absicht. Heute versichert die Stadt durch ihre Sprecher, wenn das Register der Hundeausführer erst einmal in Betrieb sei, werde man in jedem Fall eine Jahresgebühr erheben, um derart die Verwaltungskosten zu decken. Hinsichtlich der Höhe der Gebühren wurde versichert, diese werde von der Stadtlegislative festgesetzt. Die Beamten schätzen, dass jeder Hundeausführer im Durchschnitt 15 Hunde betreut und pro Hund zwischen 100 und 200 Pesos monatlich kassiert.

Der erste Schritt ist getan. Seit 1. Dezember können die Hundeausführer das Einschreibformular bei der Generaldirektion für Umweltpolitik und Kontrolle (Ortiz de Ocampo 2517, von 9.00 bis 14.00 Uhr) abholen. Das Formular hat Charakter einer eidesstattlichen Erklärung und muss (am gleichen Ort) zwischen dem 7. und 23. Dezember eingereicht werden. Unter den verlangten Angaben zur Person sind die CUIT-Nummer, die Brutto-Einnahmen-Nummer und die Schulbildung, die der Hundeausführer hat. Nur dieses erste Mal ist die Einschreibung gratis. Jeder Hundeausführer erhält eine persönliche Identitätskarte mit seinen Personaldaten und seinem Foto, die er, wenn er seine Hunde ausführt, bei sich haben muss. Die Stadtregierung wird Kontrollen auf Strassen, Plätzen und in Parkanlagen durchführen, um festzustellen, ob die Hundeausführer den Auflagen nachkommen. Sobald die Stadtlegislative den Regelkatalog für die Tätigkeit verabschidet hat, werden Zuwiderhandlungen auch geahndet werden. Der folgende Schritt wird dann der obligatorische Kurs für Hundeausführer sein, in dem Bürgerverhalten, Umweltschutz und Verhütung von Hundekrankheiten mit Sanitärrisiko vermittelt werden sollen. Damit, so schwebt der Stadtregierung vor, soll eine Tätigkeit geregelt werden, die in letzter Zeit als Konsequenz von zwei Umständen zugenommen hat. Einerseits fehlt es den Hundebesitzer an Zeit, ihre vierbeinigen Lieblinge auszuführen (oder sie sind einfach zu faul dazu) und andererseits ist die Tätigkeit für viele junge Leute eine sichere Einnahmequelle angesichts des Fehlens von Arbeitsplätzen. Die Lösung des Grundproblems aber ist die Regelung dieser Tätigkeit auch nicht, denn es gibt in der Stadt viel mehr Hunde, als die Hundeausführer je betreuen können.

Prozess gegen „Malevo“ Ferreyra

Der Ex-Kommissar Mario „Malevo“ Ferreyra, der eine Haftstrasse von 20 Jahren wegen dreifachen Mordes verbüsst, muss sich seit Montag wegen einer von ihm 1993 durchgeführten Flucht einem neuen Verfahren stellen. Derzeit hat Ferreyra die Genehmigung, das Gefängnis täglich zu verlassen, um zu arbeiten. Er könnte allerdings diese Vergünstigung verlieren, wenn er in dem neuen Prozess verurteilt wird. Der „Malevo“ genannte Ex-Polizist kann sich zwischen 8.00 Uhr und 23.00 und an den Wochenenden ausserhalb der Haftanstalt frei bewegen, wie es im Gesetz festgeschrieben ist.

In der Provinz Tucumán ist Ferreyra, der Mann mit dem schwarzen Hemd und dem Panama-Hut, das Symbol des wackeren Polizisten. 1991 war er Chef der Untersuchungsbrigade der Provinzpolizei. Am 10. Oktober dieses Jahres war er Führer eines Polizeitrupps, der in der Nähe der Grenze zur Provinz Salta drei Männer festnahm. Wie die Justizuntersuchung danach ergab, hielten die Polizisten die Gefangenen tagsüber versteckt und erschossen sie, als es abends dunkel wurde. Danach simulierten sie eine Schiesserei, in der die drei ums Leben kamen. Zwei Jahre danach, im Dezember 1993, verurteilte ein Gericht in Tucumán den „Malevo“ und die anderen Polizisten zu lebenslänglicher Haft. Doch unmittelbar nach der Urteilsverkündung flüchtete Ferreyra mit einer Granate in der Hand und einer Pistole im Halfter aus dem Gericht. Niemand machte irgendwelche Anstalten um ihn aufzuhalten. Im März 1994 wurde er wieder erwischt. Ein Jahr später reduzierte Gouverneur Bussi die Strafe mit der Feststellung auf 20 Jahre, Ferreyra sei ein Mann des Gesetzes und der Ordnung, der zu weit gegangen sei. In dem jetzigen Verfahren gegen den Ex-Kommissar und vier seiner ehemaligen Untergebenen geht es neben der Flucht um Raub, Kriegswaffenbesitz, Bedrohung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

SERVICIOS DIGITALES S.A.
ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...
Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Schwache Steuereinnahmen

Wie in Hinblick auf den Konjunktureinbruch seit Ende August erwartet werden konnte, erbrachten die Steuereinnahmen im November eine schwache Leistung, allerdings mit $ 4,0 Mrd. um 1,4% mehr als Oktober mit $ 3,97 Mrd. bei 21 Werktagen in beiden Monaten. Gegenüber November 1997 mit $ 4,11 Mrd. fielen die Steuereinnahmen um 2,1%.

Die gesamten Einnahmen aus Steuern, Zöllen, Gebühren und Sozialbeiträgen vermehrten sich in elf Monaten 1998 auf $ 45,7 Mrd. um 3,3%, etwa ein Drittel des Plansolls im Budget von über 9% Zuwachs im Kalenderjahr 1998. Hier liegt der Grund für die angespannte Kassenlage im nationalen Schatzamt, da die budgetierten Ausgaben zwar leicht verringert wurden, aber andere Ausgaben hinzukamen, insbesondere Zinsen und Überschwemmungssubventionen.

Im November 1998 wurden mit $ 700,0 Mio. 8,7% weniger Gewinnsteuern als im gleichen Vorjahresmonat vereinnahmt, aber 3,6% mehr als im Oktober. Die Mehrwertsteuer, nach wie vor die Hauptquelle staatlicher Finanzen, schloss im November mit für das Schatzamt erfreulichen $ 1,76 Mrd. ab, gleich 2,4% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und sogar 7,9% mehr als im Oktober. Allerdings beruhte diese Zunahme einmal auf geringeren Rückerstattungen an Lieferanten der Exporteure ($ 59,8% Mio. gegen $ 152,9 Mio. bzw. $ 213,3 Mio.) sowie weniger MWSteuereinnahmen im Zoll ($ 599,8 Mio. gegen $ 638,4 Mio. bzw. 644,9 Mio.), was wiederum auf weniger Einfuhren beruht, eine direkte Folge des Konjunktureinbruchs. Die Klagen der Exporteure, dass das Steueramt die Rückerstattung der MWSt. ihrer Lieferanten zurückhält, deckt sich mit dem Steuerausweis vom November.

Die Aussenhandelszölle und gebühren waren deutlich rückläufig mit $ 222,6 Mio. gegen $ 258,4 Mio. im Vorjahr und $ 231,4 Mio. im Oktober. Sobald die Konjunktur nachlässt, werden weniger Zwischenprodukte und Konsumgüter eingeführt, deren Verzollung recht einträglich ist, wenn Zölle, Gebühren, MWSt. und Gewinnsteuern anfallen.

Die Sozialbeiträge zu den vier Sozialkassen (Renten, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Familienzulagen) nahmen im November mit $ 787,4 Mio. fühlbar um 3,5% gegenüber dem Vorjahr und um 4,5% gegenüber Oktober ab, ebenso in elf Monaten mit $ 9,47 Mrd. um 2,4% weniger als 1997. Hier mag der Konjunktureinbruch zu Verzögerungen und vermehrter Hinterziehung führen, abgesehen von der ständigen Abwanderung der Beitragenden zu den privaten Rentenkassen (AFJP). Offensichtlich erholen sich die Sozialkassen nicht von der deutlichen Abnahme der Beiträge, seit die Arbeitgeberleistungen stark gesenkt worden sind, ohne dass neue Arbeitnehmer und Selbständige hinzugekommen sind und die Hinterziehung abnimmt.

Das Novemberergebnis der Steuereinnahmen ist zwar geringer als geplant, zeigt aber andererseits, dass der Konjunktureinbruch keinesfalls so gewaltig ausfällt, wie er in den Medien an die Wand gemalt wird, weil die Industrie weniger produziert und umsetzt. Ebenso darf erwartet werden, dass bei weiterhin fallenden Zinssätzen bis auf die Niveaus vor der russischen Zahlungseinstellung Mitte August die Wirtschaftstätigkeit sich wieder belebt, möglicherweise nach dem Sommer. Das wird bei Gelegenheit auf vermehrte Steuereinnahmen abfärben.

Der Wirtschaftspessimismus, den die meisten Konsulenten und Sprecher der Wirtschaft neuerdings im Gefolge der Konjunkturflaute verbreiten, kommt darin zum Ausdruck, dass sie durchwegs geringere Wachstumsraten des BIP für 1999 annehmen, als die Regierung mit 4,8% BIP-Zunahme im Haushaltsprojekt eingeplant hat. Das ist freilich nichts Neues. Alljährlich prognostizieren die Wirtschaftskonsulenten fühlbar niedrigere Wachstumssätze für das folgende Jahr, als es die Regierung plant. Selten noch hat ein Wirtschaftskonsulent mit solchen Prognosen richtig geraten.

Auch Schatzsekretär Pablo Guidotti meinte in einem Pressegespräch, das nächstjährige Wirtschaftswachstum könne durchaus mit 2,5% bis 4,0% abschliessen, wurde aber durch Wirtschaftsminister Roque Fernández desavouiert, der auf der offiziellen Prognose von 4,8% BIP-Wachstum für 1998 verharrte. Viel wichtiger als diese Spielereien mit Wachstumssätzen ist freilich die tatsächliche Entwicklung der Steuereinnahmen im kommenden Jahr. Sie muss halten, was die Regierung von ihr erwartet, damit die Rechnung mit den Fiskalzielen aufgeht, die sie mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart hat. Diese Fiskalziele werden laut Guidotti nicht neu formuliert werden, wie es ihm mehrere Wirtschaftskonsulenten empfehlen, womit unterschwellig gesagt wird, das zugelassene Defizit von angenommenen $ 3,5 Mrd. für 1999 soll höher ausfallen mit entsprechend vermehrter Neuverschuldung. Davon will Guidotti nichts wissen. Das diesjährige Fiskalziel wird laut Steuerunterstaatssekretär Guillermo Rodríguez Usé nur um $ 200 Mio. überschritten werden, welchen Betrag die IWF-Inspektoren sicherlich übersehen werden.

Der Ausweis des Schatzamtes für November schloss mit einem Fehlbetrag von $ 288,7 Mio., weniger als die Hälfte des gleichen Vorjahresmonats mit $ 709,2 Mio., wobei die Kassen staatlicher Unternehmen und anderer Staatsstellen das Defizit möglicherweise verringern, sobald die Zahlen bekannt werden.

Eine Sache ist es bekanntlich, ein Budget aufzustellen und vom Kongress absegnen zu lassen, und eine andere sind die echten Einnahmen und Ausgaben des Schatzamtes. Das nächstjährige Budget liegt der Deputiertenkammer vor, die wie alljährlich neue Ausgaben und geringere Einnahmen einbaut, die von der Vorlage der Exekutive abweichen. So sollen 1999 die Subventionen zugunsten politischer Parteien von jetzt $ 1,00 auf $ 3,00 je Stimme bei Wahlen fühlbar angehoben werden, damit die Parteien entsprechend weniger Geld bei Unternehmern schnorren müssen, um auf ihre Rechnung für die nächstjährigen Präsidentschaftswahlen zu kommen.

Des weiteren hat sich Kabinettschef Jorge Rodríguez, dem die Ausarbeitung des Haushaltsprojektes zusteht, im Nachhinein einfallen lassen, sicherlich auf Geheiss von Präsident Menem, mit einer Steuer von 5 Centavos je Liter Kraftstoff für einen Fonds von $ 800 Mio. in sechs Jahren zu sorgen, der allerlei öffentliche Bauten auf Staatskosten finanzieren soll.

Randglossen

Der Sieg Fernando de la Rúas in der offenen Internwahl der oppositionellen Allianz hat den Platz für die Vizepräsidentschaftskandidatur offen gelassen. Hierfür war nach der ursprünglichen Vereinbarung der fünf Allianz-Macher vor Jahresfrist Graciela Fernández Meijide vorgesehen, die gegen De la Rúa als Präsidentschaftskandidatin verloren hatte. Jene Abmachung wurde fallen gelassen, weil Politiker zumeist das gegebene Wort nicht einhalten, wenn sich die Umstände verändern. Nun soll „Chacho“ Alvarez als Vizepräsident einspringen, den seine Kommilitonin Graciela lieber als Kandidat für die Bundeshauptstadt sähe. Die Radikalen ziehen indessen Alvarez als Vizepräsidenten vor, von dem sie sich offenbar viel Wahlpropaganda versprechen.

Gouverneur Duhalde berschränkte die Formel De la Rúa-Alvarez auf 16 Kilometer. Das ist der Halbkreis nördlich, westlich und südlich der Bundeshauptstadt und anrainende Bezirke, wo die Allianz Stimmenpotential besitzt. Das Landesinnere wird mit dieser Formel nicht angesprochen. Genau dieses Argument setzte Alvarez vor einigen Monaten als Begründung für die Aufkündigung der Vereinbarung ein, damit Graciela Fernández Meijide als Gouverneurskandidatin und nicht als Vizepräsidentin kandidieren könne. Alvarez ist genauso wie seine Kommilitonin auf die Bundeshauptstadt und Umgebung beschränkt. Duhalde wird mit seinem Formelpartner das Inland ansprechen, wo die nächstjährigen Präsidentschaftswahlen skeptisch als Sache der Bundeshauptstadt und Umgebung betrachtet werden.

Das erfreut sicherlich die Gouverneure und Politiker der Provinzen, die von den Bauten beglückt werden und sie gegebenenfalls als Wahlversprechen einsetzen, ebenso die Baufirmen in Hinblick auf neue Aufträge. Für die Staatsfinanzen ist die Aufblähung der Ausgaben bei gleichzeitiger Besteuerung insofern verwerflich, als Argentinien nach wie vor hohe Defizite verkraften muss, die mit Neuverschuldung, insbesondere im Ausland, finanziert werden und die Verwundbarkeit Argentiniens nach internationalen Krisenszenarien verschärft.

Der Regierungsversuch scheiterte in der Deputiertenkammer, die den Paragraphen verwarf.

Das mögliche Steueraufkommen soll zuerst den Fehlbetrag ausmerzen und nur bei Überschüssen neue Ausgaben finanzieren, Steuern senken oder Schulden tilgen. Mit einem Defizit der öffentlichen Hand (Nation, Provinzen, Bundeshauptstadt und Gemeinden, einschliesslich Staatsunternehmen und andere Staatsstellen) von etwa $ 6,0 Mrd. bei Gesamtausgaben von über $ 80 Mrd. im Jahr stellt sich der nationale Kapitalmarkt als unzureichend heraus, um sowohl die Neuverschuldung als auch die Tilgung der Staatsschulden zu finanzieren, weshalb internationale Kapitalmärkte angegangen werden müssen, die sich bei Krisenszenarien schwer tun. Wie gehabt.

Wohin das Geld fliesst

Vielfach wird in den Medien und in privaten Unterhaltungen die Frage aufgeworfen, wohin das Geld aus Firmenverkäufen in Argentinien fliesst. Mehrere Banken, Industrie- und Erdölunternehmen, Supermärkte sowie andere Firmen wurden in den letzten Jahren vorwiegend an ausländische Konzerne und Investoren veräussert, die nicht nur die Kaufbeträge investieren, sondern darüber hinaus neue Anlagen durchführen, moderne Technologie einbringen und vielfach auch das Management erneuern. Es geht dabei um mehrere Milliarden Dollar an Unternehmenswerten, die die Besitzer gewechselt haben.

Die Verkäufer, die Aktien austauschen oder Geld kassieren, sehen sich dann nach neuen Anlageobjekten um, zumeist in Argentinien, gegebenenfalls auch im Ausland. Einige Fälle sind in die Öffentlichkeit durchgedrungen. Die Presse berichtet gelegentlich über Neuinvestitionen von Verkäufern ihrer Firmen. Dabei fällt auf, dass die meisten sich der Landwirtschaft widmen, darunter auch gestandene Industrielle mit mehreren Jahrzehnten Berufserfahrung.

So hat beispielsweise Francisco Macri, in Italien gebürtiger Bauunternehmer, in Argentinien seine Beteiligung an der Automobilfirma Sevel an Peugeot abgetreten, um in die Nahrungsmittelbranche und in die Landwirtschaft einzusteigen. Der Macri-Konzern, der öffentliche Bauten durchführt und Mautstrassen verwaltet, bis vor kurzem auch die Müllabfuhr in der Bundeshauptstadt, hat die traditionelle Keksfabrik Canale übernommen, ebenso die Käsefabrik La Lácteo und ein Kühlhaus in Brasilien. Des weiteren entwickelt die Tochterfirma Yubo S.A. 20.000 ha bei Oran, Provinz Salta, wo Baumwolle, Bohnen, Erdnüsse und Saflor mit künstlicher Bewässerung angepflanzt werden. Die deutsche Firma Cremer beteiligt sich als Handelshaus am Bohnenexport. Das Projekt wird U$S 31,5 Mio. verschlingen und den Norden der Grenzprovinz Salta sicherlich wirtschaftlich beleben. Ein weiteres Agrarprojekt wird in der Gegend von Nordcórdoba angegangen, auch in der Landwirtschaft. Die Tochterfirma Salta Cotton S.A. pflanzt Baumwolle in Pichanal, ebenfalls in Salta, in Assoziation mit Queensland Cotton aus Australien.

Carlos Reyes Terrabussi, ehemals Mitbesitzer der Keksfabrik Terrabussi, und Jorge Blanco Villegas, vormals Präsident der Industriellenunion UIA, der aus der Industrie ausgestiegen ist, widmen sich einem Viehzuchtsprojekt. Luis Otero Monsegur, der seine Aktien des Banco Francés an die spanische Banco de Bilbao y Vizcaya veräussert hat, investiert ebenfalls in die Landwirtschaft. Alberto Guil, der den Supermarkt Norte verkauft hat, entwickelt ein Feed lot in Azul. Ricardo Handley von der Citicorp investiert ebenfalls in die Viehzucht. Der Investmentfonds AVP, an dem Santiago Soldati beteiligt ist, hat die Käserei Abolio y Rubio übernommen. Der Konzern Pérez Companc, sicherlich das erfolgreichste Firmenkonglomerat der letzten Jahrzehnte in Argentinien, legt einen Teil der Erlöse aus Firmenverkäufen (Banco Río, Hotel Interamericano) in der Landwirtschaft an, wie der Kauf hochwertigen Agrarlandes in Salto, Provinz Buenos Aires, beweist, wo der US-Getreidekonzern Cargill eine Estancia für $ 10.000 je ha an den Mehrheitsaktionär Gregorio Pérez Companc verkauft hat, der auch andere Agrarinvestitionen tätigt.

Diese Fälle, die keinesfalls die einzigen sind, zeugen eindeutig, dass die Vorliebe argentinischer Kapitalgeber in der Landwirtschaft und der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie liegt. In diesen Bereichen besitzt Argentinien sicherlich komparative Vorteile. Die Landpreise sind nicht überhöht und schwanken mit den Preisen der Argarproduktion und der Viehzucht, ohne dass wie in anderen Ländern spekulative Blasen entstanden wären. Der Verkaufspreis der Estancia von Cargill an Pérez Companc erscheint, zumindest bisher, als eine Ausnahme. Völlig anders ist der Ausverkauf des traditionellen Konzerns Bunge & Born, der sämtliche Industriebetriebe veräussert hat, zuletzt ihre Flagschiff Molinos Río de la Plata mit Börsenkotierung für angenommen eine Milliarde Dollar an den US-Invest-mentfonds Exxel. Bunge & Born als Konzern kotiert an keiner Börse, so dass die zahlreichen Erben der Gründer in vierter bis fünfter Generation, die offenbar kein Interesse an den Firmen haben, ihre Anteile nicht abstossen können. Mit dem Ausverkauf aller Industriefirmen, zuletzt sogar der Filialen in Australien und Venezuela, kommen die Erben zu Geld, allerdings meistens im Ausland, wo sie wohnhaft sind. Jorge Born und Octavio Caraballo, die den Konzern geleitet haben bzw. ihm vorstehen, sind ebenfalls grosse Landwirte, allerdings auf eigene Rechnung, wie es ihre Vorfahren auch waren, die vorbildliche Landbesitze verwalteten.

Die Tendenz der Verkäufer von Industrie-, Handels- und Erdölfimen in der Landwirtschaft zu investieren, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Landpreise jeweils leicht anziehen, kaum dass ein bedeutender Firmenverkauf über die Bühne gelaufen ist. Argentinische Unternehmer und Kapitalisten setzen öffensichtlich auf die wirtschaftliche Potenz der Landwirtschaft, seit die Wirtschaft in die Geldwertstabilität entlassen worden ist, die Landwirtschaft nicht mehr steuermässig diskriminiert wird und mit modernster Technologie hohe Erträge erwirtschaftet werden können.

Bankenkonzentration und Vordringen ausländischer Banken

Die Zentralbankleitung hat in der Vorwoche in einem ausführlichen und sehr sorgfältig ausgearbeiteten Bericht, den ZB-Präsident Pedro Pou dem Kongress vorgelegt hat, die Entwicklung des argentinischen Bankwesens in den letzten Jahren und die Kontrolltätigkeit der ZB erklärt. Dabei hat sie u.a. das Phänomen der starken Konzentration der Banken geklärt. Der Bericht weist zunächst darauf hin, dass es sich um ein weltweites Phänomen handelt. In den letzten Monaten haben folgende Bankfusionen stattgefunden:

* UBS (Schweizerische Bankgesellschaft) mit Swiss Bank Corporation (Schweizer Bankverein) und Warburg, Dillon, Reid.
* Cititbank mit dem Investment-Fonds Travellers
* Chase mit Chemical
* Bank of America mit Nations Bank
* Lloyds Bank mit TSB
* Hong Kong and Shanghai Bank (HKSB) mit Midland
* Deutsche Bank mit Bankers Trust

Die Konzentration wird technisch mit einem Index gemessen, der HHI getauft wurde (Hirschman Herfindahl Index), der als Summe der Quadrate der Depositenanteile aller Banken des Systems an den Gesamtdepositen berechnet wird. Bei einem Höchstwert von 10.000 (bei einer einzigen Bank, also bei 100 hoch 2) ergibt dieser Index für verschiedene Länder folgende Werte:

Brasilien	1.787
USA	1.602
Kanada	1.564
Mexiko	1.235
Chile	922
Spanien	800
Kolumbien	649
Argentinien	582

Somit liegt Argentinien noch weit unten in der Rangordnung. Dennoch hat in den letzten Jahren ein starker Konzentrationsprozess eingesetzt, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

Depositenanteil der Banken

	10 Privatbanken	20 Priv.B.	10 Banken	20 Banken
Dezember 91	26,3%	35,7%	49,9%	67,1%
Dezember 94	29,9%	39,1%	49,6%	64,3%
Juni 98	41,6%	51,7%	64,6%	80,0%

Die Statistik zeigt eindeutig, dass bei den Privatbanken ein starker Konzentrationsprozess stattgefunden hat, aber auch bei Einbeziehung der staatlichen Banken, wobei hier der Konzentrationsgrad von Anfang an höher war, weil dabei die Grossbanken Banco Nación, Banco Provincia und Banco Hipotecario ins Gewicht fallen. Dieser Prozess hat jedoch erst ab 1994 eingesetzt; er wurde durch die Tequila-Krise herbeigeführt, die Ende Dezember jenes Jahres als Folge der mexikanischen Abwertung eintrat. Dieser Prozess wurde von einer Schrumpfung der Zahl der Banken begleitet. Im Dezember 91 waren es 212, im Dezember 1994 205 und im Juni 1998 132.

Diese Konzentration wurde keineswegs durch die Politik der ZB herbeigeführt. Im Gegenteil: die ZB stützt die kleinen und mittleren Banken. Diese Banken haben in der Regel Depositen für geringere Einzelbeträge, so dass sie durch die Depositengarantie von bis zu $ 30.000 weitgehend gedeckt sind. Die grossen Banken hingegen brauchen dies nicht, da sie ohnehin genügend Sicherheit bieten. Ausserdem haben sie auch hohe Depositen, die dann nur zum geringeren Teil gedeckt sind. Ausserdem hilft die ZB den kleineren und mittleren Banken gelegentlich mit Krediten aus dem Treuhandfonds. Schliesslich ist das System der Qualifizierung der Banken durch private Bewertungsfirmen für kleinere und mittlere Banken viel wichtiger als für grosse, weil denjenigen, die ordentlich verwaltet werden, auf diese Weise ein gutes Zeugnis ausgestellt wird. Auch das brauchen die Grossbanken nicht.

Der Bericht der ZB schreibt zu Thema Sicherheit der Depositen folgendes:

„Wenn eine Bank versagt, bemüht sich die ZB um eine Umstrukturierung, mit dem Zweck, die Auswirkungen auf das System zu verhindern oder zumindest zu mildern, und auch, um den Wert der Depositen zu sichern und die Arbeitsplätze zu erhalten. Das Gesetz über Finanzanstalten, zusammen mit der Depositengarantie und dem Treuhandfonds für die Bankenkapitalisierung, sind die Instrumente, um diese Umstrukturierung zu vollziehen. Seit sie im Jahr 1995 geschaffen wurden, wurden diese Mechanismen in 16 Fällen kombiniert eingesetzt. In 14 Fällen erhielten die Sparer 100% ihrer Depositen zurück. Nur in 2 Fällen erhielten nicht alle Sparer 100% ihrer Depositen. Im wichtigsten Fall, der Banco de Crédito Provincial, erhielten die Sparer bis zu $ 500.000 100% ihrer Depositen, diejenigen, die höhere Beträge hatten, erhielten jene $ 500.000 und einen Treuhandbonds auf der Grundlage der Aktiven der Bank."

Die ZB war demnach sehr erfolgreich und hat dem Bankensystem eine grosse Stabilität verliehen, was den kleineren und mittleren Banken besonders zugute kommt, aber in erster Linie für die Wirtschaft wichtig ist, da dies die Entwicklung des Bankensystems fördert. Die Gesamtdepositen des argentinischen Bankensystems sind von März 1991 (als die Konvertiblität begann) bis September 1998 von $ 9,1 Mrd. auf $ 76,2 Mrd. gestiegen, und die Bankkredite von $ 10,9 Mrd. auf $ 66,4 Mrd. Das zeugt zwar von einer bedeutenden Zunahme, liegt aber immer noch bei der Hälfte der Zahl, die man als einigermassen normal bezeichnen kann. Gewiss kommen in dieser Periode noch direkte Kredite aus dem Ausland und Unterbringung von Obligationen hinzu, die auch eine Kreditform darstellen, so dass der Gesamtkredit, den lokale Unternehmen beansprucht haben, viel stärker gestiegen ist.

Die Konzentration der Banken, die im Wesen mehr eine Schaffung von Grossbanken als eine Schliessung von Kleinbanken ist, ist ein Phänomen, dass die Wirtschaftsentwicklung begleitet. Wenn sich grössere Unternehmen bilden, und grössere Geschäfte finanziert werden, braucht eine Wirtschaft auch grössere Banken. Dennoch besteht, in Argentinien und auf der ganzen Welt, ein grosser Spielraum für kleinere Banken, die eben kleine Geschäften machen müssen, wie Personalkredite, oder kleinere Pfandkredite oder andere Bankgeschäfte. Die Sekuritisierung, bei der die Banken nur als Vermittler für die Unterbringung von Investment-Fonds-Quoten oder anderer Wertpapiere tätig sind, so dass die Bank kein Risiko läuft, bietet Kleinbanken eine gute Möglichkeit, ihr Geschäft auszuweiten. Im übrigen pflegen diese Banken den Vorteil des engeren persönlichen Kontaktes zu den Kunden, auch die bessere Kundenkenntnis, zu nutzen. Das Problem entsteht, wenn kleine und mittlere Banken grosse Geschäfte machen wollen, diese dann schiefgehen, und die finanzielle Kraft der Bank übersteigen.

Ebenfalls sind in den letzten Jahren die Banken, die Banken im Ausland gehören, stark vorgedrungen. Während diese Banken Ende 1994 noch eine Beteiligung von nur 16% an den Gesamtdepositen hatten, betrug dieser Anteil Mitte 1998 41% und dürfte jetzt, mit der Übernahme der Banco Mayo (mit Patricios eingeschlossen) durch die Citibank und der stärkeren Beteiligung der französischen Credit Agricole bei der Banco Bisel, nahe an die 50% gestiegen sein.

Auch hier gab es keine Politik der ZB, die diese Entwicklung gefördert hat. Im Gegenteil, die ZB hat durch ihre Massnahmen zur Systemsicherung den lokalen Banken geholfen. Mehrere grosse auländische Banken haben lokale Banken gekauft, aber nicht, weil es diesen schlecht ging, sondern im Wesentlichen, weil die Inhaber verkaufen wollten. Die ausländischen Banken haben in allen Fällen sehr hohe Preise bezahlt, die sich vom Standpunkt der Rentabilität kaum rechtfertigen, so dass die Besitzer wohl ein gutes Geschäft gemacht haben, indem sie das Geld dann mit höherer Rentabilität angelegt haben. Für die Auslandsbanken handelt es sich offensichtlich um eine langfristige Strategie; sie wollten in Argentinien Fuss fassen, wohl in der Überzeugung, dass die starke Depositenexpansion, die noch bevorsteht, das Geschäft gelegentlich einträglich gestalten wird. Ausserdem schaffen sie dadurch auch im Auslandsgeschäft Gewinne für die Mutterhäuser.

ZB-Präsident Pou wies darauf hin, dass das Gesetz über Auslandsinvestitionen, das die Menem-Regierung 1989 erlassen hat, Gleichheit zwischen ausländischen und inländischen Investoren schafft, und dabei besonders die Finanzanstalten erwähnt, so dass er keine legalen Befugnisse hat, um Auslandsbanken zu diskriminieren. Rein wirtschaftlich hat die Präsenz dieser Auslandsbanken den Vorteil, dass sie Kredite für Unternehmen in Argentinien aus dem Ausland vermitteln, einer Kontrolle in ihren Ursprungsländern unterstellt sind und dem argentinischen Bankensystem mehr Stabilität verleihen. Ausserdem bringen sie oft bestimmte Auslandsinvestitionen ins Land.

Die Kritiker weisen darauf hin, dass dabei „die nationale Kontrolle" verloren geht. Darunter kann man sich allerdings wenig vorstellen; auch Pou kann es nicht. Er wies darauf hin, dass es sich dabei um argentinische Aktiengesellschaften handle, die der ZB unterstellt seien und sich an argentinischens Recht halten. Würden sie eine Monopolposition einnehmen, so könnte man eventuell vom Schaden zu hoher Gewinntransfers sprechen. Das ist jedoch keineswegs der Fall, da scharfe Konkurrenz herrscht; Pou meint, die Gewinne der Banken seien sogar gefährlich niedrig. In der modernen Welt verliert ohnehin der Begriff der Nationalität von Unternehmen, auch von Banken, zunehmend an konkretem Inhalt.

Die ZB bemüht sich weiterhin um die Systemsicherheit, die vornehmlich den lokalen Banken, ganz besonders den kleineren zugute kommt. In diesem Sinn hat der Vorstand ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet, das die Zentralbankcharta reformiert. Dabei geht es vornehmlich darum, der ZB mehr Befugnisse zu erteilen, um die Banken zu kontrollieren und Katastrophen zu vermeiden. Gegenwärtig kann die Bank oft negative Entwicklungen nicht vermeiden, auch wenn sie merkt, dass dies ein schlimmes Ende nehmen wird oder ein zu hohes Risiko bedeutet. Das soll durch Reform geändert werden.

Besuch aus den Niederlanden

Der Reigen ausländischer Regierungsvertreter und Wirtschaftsführer lässt mit seinen Besuchen in Argentinien nicht lokker. Jüngster prominenter Besucher war der niederländische Premierminister Wim Kok, den eine Delegation holländischer Unternehmer unter der Federführung von Hans Blankert, Vorsitzender

der Spitzenverbände, begleitete.

Wie bei solchen Besuchen üblich, traf sich Kok mit Präsident Menem und anderen Regierungsmitgliedern. Eine gemeinsame Erklärung wurde abgefasst, das Abkommen von 1993 über technologische Zusammenarbeit im Bereich der Hydraulik wurde um weitere fünf Jahre verlängert und ein Seminar mit holländischen Sachverständigen für Februar 1999 in Buenos Aires über die Entwicklung hydraulischer Bekken wurde vereinbart. Die Niederlande besitzen viel Erfahrung auf diesem Gebiet. Ihre Baufirmen sind in Argentinien längst bei Ausbaggerungen und Hafenarbeiten tätig. Der Río Paraná wird bis Santa Fe und der Río Paraguay bis Bolivien ausgebaggert, damit diese Flüsse, Spanisch genannt „hidrovía", für Schiffe und Barkassen befahrbar gemacht werden können. Das verbilligt die Transportkosten und begünstigt auch Bolivien und Brasilien nördlich von Paraguay, deren Erze und Agrarprodukte flussabwärts transportiert werden, ansonsten sie auf dem Erdweg bis zum Atlantik überteuert werden.

Die Niederlande sind zumal im Hafen von Rotterdam traditioneller Umschlagplatz für zahlreiche argentinische Stapelprodukte der Landwirtschaft, die dort eingelagert werden, um nachher stückweise an die Käufer versandt zu werden, wofür wiederum der Rhein dienlich ist. Deshalb exportiert Argentinien stets viel mehr nach den Niederlanden, als es von dort importiert, zuletzt von Januar bis Juli 1998 U$S 692,1 Mio. Exporte und U$S 139,1 Mio. Importe. Das besagt freilich die argentinische Aussenhandelsstatistik, die sich für die Ausfuhren auf das Bestimmungsland und für die Einfuhren auf das Herkunftsland beschränken, aber die eigentlichen Käufer und Ursprungslieferanten mangels Kenntnis dieser Daten nicht angeben. In der Folge klaffen die argentinischen Statistiken mit denen mehrerer europäischer Länder, zumal Deutschland, auseinander, wo die Ursprungs- und Lieferantenländer auch angegeben werden.

Wim Kok ist sozialdemokratischer Politiker, dem es in seiner Heimat gelungen ist, die Fiskaldisziplin mit Geldwertstabilität und niedriger Arbeitslosigkeit (nur 5% gegen 10% bis 20% in Europa) zu verbinden. Hierfür musste die Regierung vor einigen Jahren die Arbeitsregeln flexibilisieren und groteske Sozialsubventionen abschaffen. Seither gelten die Niederlande als solide Stütze der europäischen Stabilitätspolitik, die in der holländischen Stadt Masstricht 1992 in einen Pakt der Europäischen Union für den Euro als gemeinsame Währung gekleidet wurde. Zum Jahresende wird der Euro in elf Länder der Union in Kraft treten und von der Europäischen Zentralbank mit Sitz in Frankfurt verwaltet werden, der der Holländer Wim Duisenberg vorsitzt. Zehn Zentralbanken dürfen künftig kein Geld mehr schöpfen, sicherlich die beste Garantie gegen die Inflation.

In Argentinien wird seit einiger Zeit das angebliche Modell der europäischen Sozialdemokratie in den Medien diskutiert, genannt der dritte Weg nach dem britischen New Labour-Premier Tony Blair. Kok betonte in Pressegesprächen, dass dieser dritte Weg keinesfalls als Aufgabe der kapitalistischen Marktmechanismen, der Fiskaldisziplin und der Geldwertstabilität aufzufassen sei, sondern vielmehr auf diesen Grundfesten basiere und sich um Sozialpolitik kümmere.

In Deutschland entpuppte sich der dritte Weg, laut Regierungserklärung des Kanzlers Gerhard Schröder, als eine Besteuerung von Freigrenzen zwecks Senkung der Arbeitssteuern, ähnlich wie es in Argentinien Wirtschaftsminister Roque Fernández mit seiner Steuerreform plant, die dem Kongress zur Behandlung vorliegt. Beide Länder weisen freilich Defizite bzw. Neuverschuldungen ihrer Haushalte auf, die die angestrebte Fiskaldisziplin in Frage stellen. Als Vorreiter flexibler Arbeitsverhältnisse und Abspeckung grotesker Sozialleistungen war der Besuch des niederländischen Premiers Wim Kok in Buenos Aires nach Brasilien und vor Chile sicherlich von Nutzen, wiewohl der Besucher hauptsächlich holländische Exporte und Investitionen im Auge hatte. Mit letzteren schneiden die Niederlande an siebter Stelle in Argentinien nach USA, Spanien, Chile, Italien, Frankreich und Grossbritannien vor Deutschland, der Schweiz und Österreich ab. Die Rangordnung lässt sich sehen; die argentinische Stiftung „Fundación Invertir" schätzt die niederländischen Investitionen im Land von 1994 bis 2001 auf U$S 1,58 Mrd.

Die Privatisierung der Kernkraftwerke

Kurz vor seiner Abreise nach Japan hat Präsisdent Menem das Regierungsdekret unterzeichnet, mit dem das Gesetz über die Atomkraftwerke reglementiert und die Privatisierung der Meiler Atucha I, Atucha II und Embalse mit der Auflage bestimmt, dass dieser innerhalb von sechs Jahren nach der Privatisierung betriebsfähig gemacht werden muss.

Vor Mitte des Monates soll die internationale öffentliche Ausschreibung der drei Kernkraftwerke als Einheit, einschliesslich der Verpflichtung, Atucha II fertigzustellen, erfolgen. Die Werke, die derzeit von der NASA (Nucleoeléctrica Argentina SA) verwaltet werden, sollen einem neuen, Genuar SA genannten Unternehmen, übertragen werden. Bei NASA verbleiben die restlichen Aktiven des Nuklearbetriebes, deren Bestimmung noch festgelegt werden muss.

Das Dekret setzt die Haftpflicht für Schäden durch Kernkraft mit U$S 80 Mio. fest, bestimmt jedoch, dass dieser Betrag Änderungen unterworfen wird, wenn gültige internationale Normen höhere Beträge vorschreiben. Ausserdem legt das Dekret die Pflicht der privaten Betreiber fest, an die CNEA (Comisión Nacional de Energía Atómica) eine Gebühr von 2,5% der Einnahmen aus dem Verkauf der Kernenergie für Forschung und Entwicklung zu errichten. Der Energiepreis wird nach dem Spot-Preis des Stromgrossisten-Marktes festgelegt. Nach der Betriebsgenehmigung für Vollbetrieb des Kernkraftwerkes Atucha II durch die Cammesa (Compañía Administradora del Mercado Mayorista Eléctrico), wird obige Gebühr auf 1,5% verringert.

Für Stillegung und Abbau der Kernkraftwerke müssen dem Dekret zufolge vom Konzessionär jährlich für Atucha I U$S 1,6 Mio. vorausbezahlt werden, für Atucha II U$S 851.000 und für Embalse U$S 1,06 Mio. Angesichts der Lebenserwartung für die Kernkraftwerke sollen damit für Atucha I U$S 199 Mio., für Atucha II U$S 216 Mio. und für Embalse U$S 238 Mio. angesammelt werden.

Die für die Fertigstellung von Atucha II notwendige Investition wird auf keinen Fall geringer als U$S 600 Mio. sein. Die Kernkraftwerke liefern heute rd. 11% des Stromes für das landesweite Verbundnetz, das sind rund 7.000 GWh im Jahr, was einem Jahresumsatz von über U$S 250 Mio. entspricht. Für den Atommeiler Atucha I besteht die Möglichkeit, mit einem relativ geringen Aufwand die Lebensdauer um weitere 15 Jahre zu verlängern.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%

***.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 12,7% auf 453,12, der Burcapindex um 11,1% auf 794,16 und **der Börsenindex um 9,9% auf 17.812,47.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers stieg in der Berichtswoche um 5,9% auf $ 0,8300

***

Industriesekretär Guadagni gab bekannt, dass Argentinien und Brasilien bedeutende Fortschritte bei der Festlegung der gemeinsamen Rahmenbedingungen für den Kfz-Bereich erzielt haben, die sie am 8.12. den anderen Mercosurpartnern vorlegen werden, damit sie am 10.12 von den 4 Staatspräsidenten in Rio unterzeichnet werden können und am 1.1.2000 in Kraft treten werden. Über alle grundlegenden, strukturellen Fragen wurde Einigung erzielt. Damit der Mercosur ein Brennpunkt der Kfz-Industrie des nächsten Jahrhnderts sein könne, müssten alle Subventionen bzw. Förderungen abgeschafft werden, ausser jenen, die gemeinsam für alle 4 Staaten beschlossen werden. Er sei überzeugt, dass der Mercosur ein Exporteur wie Japan, die EU oder die Nafta werden könne.

***

Das Industriesekretariat hat, angesichts der Absatzflaute für Kfz in Brasilien, als Sondermassnahme verfügt, dass alle ab 1.4.98 hergestellten Fahrzeuge als Baujahr 1999 eingetragen werden dürfen, vorausgesetzt dass die im Jahr 1999 hergestellten Kfz keine Änderungen aufweisen.

***

Von 40 Filialen der ehemaligen Almafuerte Bank haben am Montag, 5 als Filialen der Banco Galicia, 8 als BBV Francés, 8 als Credicoop,

8 als Macro Misiones, 6 als Banco de Rio Negro, 2 als San Juan, 2 als Bisel und eine als Suquía geöffnet und die Kunden anstandslos bedient. Die Genossenschaftsbank Almafuerte wurde eine AG, um Kapital aufnehmen zu können. Die Kunden reagierten mit Misstrauen und zogen in einer Woche rd. 20% der Einlagen ab. Die ZB erreichte über das Wochenende die Übernahme durch 8 Banken ohne Verzögerungen für die Kunden und ohne Entlassungen, wofür das Depositengarantieunternehmen Sedesa (Seguros de Depósitos SA) $ 60 Mio. beisteuerte. Die Finansur Bank übernimmt das Portefeuille der Almafuertebank in Treuhand. Die ersten Eingänge sind für die übernehmenden Banken, es folgt die ZB, die Rediskonte für U$S 7 Mio. gewährt hat und anschliessend die Sedesa. Es ist das erste Mal, dass die ZB die reibungslose Auflösung und Übernahme eines Finanzinstituts durchführen kann. Bei der Mayobank war es ihr beinahe geglückt, alleine der Widerstand der Gewerkschaft und technische Probleme machten es im letzten Augenblick unmöglich.

***

Nachdem Shell Beteiligungen an gasreichen Erdölvorkommen im argentinischen Nordwesten (Acambuco 22,5% und Río Colorado 56,25%) erworben hat, investiert das Unternehmen nun mindestens U$S 300 Mio. in die Stromerzeugung. Am Werksgelände der Raffinerie in Dock Sud soll ein Gas-Dampf-Kombikraftwerk von 400 bis 800 MW Leistung mit Siemenstechnik errichtet werden. Nach hohen Investitionen in der Forstwirtschaft und der Wiederaufnahme der Erdölerschliessung und Förderung, die Shell 1965 in Argentinien aufgegeben hatte, will das Unternehmen nun auch in der Stromerzeugung Fuss fassen.

***

Der neue Generaldirektor von La Plata Cereal, Jacques-Louis Rochat, gab bekannt, dass das Schweizer Stammhaus André & Cie. die bestehenden Investitionspläne mit U$S 25 Mio. weiter umsetzt. Davon sollen U$S 5 bis 10 Mio. für die Niederlassung der alten Pflanzenölfabrik in Dempa anschliessend an die kürzlich neuerrichtete in Puerto San Martin, am Paranáfluss, investiert werden. Die neue Fabrik in Puerto San Martin wurde, einschliesslich der Hafen- und anderer Anlagen, für U$S 105 Mio. errichtet. Weitere U$S 5 Mio. wurden für Sortiereinrichtungen und zusätzlich U$S 1 Mio. in die Kapazitätserweiterung von 1.550 Mio. t zerkleinerte Sojabohnen auf 1,8 Mio. t, investiert. Rochat ist der neue Generaldirektor von La Plata Cereal, jedoch mit Wohnsitz in S. Paulo.

***

Während der Tagung über Aussenhandel '99 erklärte F. Peña, Unterstaatssekretär für Aussenhandel, auf Anfrage, dass das System vorübergebender Einfuhren, wie im Jahr 1996 vorgesehen, nur bis Jahresende in Kraft bleiben werde. Unternehmer wiesen auf den Schaden für argentinische Exporteure hin, insbesondere da Uruguay und Paraguay ihr System vorübergehender Einfuhren verlängert haben. Das System gestattet, nach Dekret 1439/96, die meist auf ein Jahr befristete gebührenfreie Einfuhr von Maschinen, Verpackungsmaterial und Halbfabrikaten, die für Ausfuhrprodukte bestimmt sind. Knapp 50% der Unternehmen, die in den Mercosur exportieren, wenden das System an, da sie hier nicht zu internationalen Preisen einkaufen können und somit nicht konkurrenzfähig sind. Die vorübergehenden Einfuhren gestatten Kostensenkngen von bis zu 40%.

***

Im Rahmen der Gesetzgebung, die die Einfuhr von Benzin und Dieselkraftstoff erleichtern soll, hat das Abgeordnetenhaus einige Zusätze eingegliedert, die vom Senat nicht beanstandet wurden. So wird für 22 Monate eine Subvention von $ 0,29 für die Ausfuhr von Terpentin und andere Lösungsmittel durch Raffinerien mit geringer Kapazität gewährt. Das sind 60% der Treibstoffsteuer. Die Massnahme wurde im November 1992 widerrufen, nachdem für die Raffinerien Sol und Dapsa eine Staatsschuld von $ 200 Mio. angesammelt war. Ein Prozess gegen den Staat bewirkte die bedingte Wiedereinführung der Steuernachlässe für die Lösungsmittel, was den Staat $ 220 Mio. im Jahr kostet. Es wird angenommen, dass dadurch die 1996 von Shell angezeigten Benzinfälschungen erleichtert wurden. Gleichzeitig wird die Steuer auf bleifreies Benzin um 15% verringert, was geringere Steuereinnahmen von $ 250 Mio. im Jahr bedeutet, da in Argentinien seit langem keine Bleizusätze gegeben werden. Die Regierung hat 10 Tage Zeit, um ihr Veto gegen das Gesetz einzulegen.

***

Der Flughafenkonzessionär Aeropuertos Argentina 2000 hat der Überwachungsbehörde Orsne die Pläne für die ersten Umbauten im Flughafen Ezeiza vorgelegt. Die bebaute Fläche soll von 36.000 qm auf 50.000 qu erweitert werden. Den Fluggästen werden getrennte Ankunfts- und Abfahrtshallen geboten. Für die Gepäckbeförderung werden Transportbänder eingebaut. Die Parkplätze werden durch ein zusätzliches Stockwerk auf 550 erhöht. Die allgemeinen Bequemlichkeiten und Dienstleistungen werden verbessert.

***

Im November erfolgte mit 7.988 die grösste Zahl der von der ZB verfügten Bankkontosperren, wie Fidelitas mitteilte. Davon waren 7.235 Personal- und 753 Firmenkonten. Die Zahl der wegen ungedeckter Schecks gesperrten Konten war um 287% grösser als im gleichen Vorjahresmonat. In den ersten 11 Monaten wurden 65.563 Konten gesperrt, um 19,9% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. 80,1% der Kontosperren erfolgten wegen wiederholter Ausgabe ungedeckter Schecks und bringen ein 5jähriges Verbot mit sich, landesweit ein neues Konto zu eröffnen. Die restlichen 19,9% können durch 2 Jahre kein Konto mehr eröffnen.

***

Das Staatssekretariat für Fernverbindungen erteilte den vorläufigen Zuschlag von 2 der 3 ausgeschriebenen Lizenzen für den öffentlichen Fernsprechdienst an die Firmen OCA (Organización Coordinadora Argentina) und Dakota (von der Parkplatzverwaltung STO). Für die 3. gab es keine Bewerber. Mit der Lizenzvergebung wird die 1. Etappe der Deregulierung des Fernsprechverkehrs als abgeschlossen betrachtet. OCA vepflichtet sich, in den ersten 3 Jahren U$S 19,3 Mio. und in den folgenden $ 882.000 im Jahr zu investieren. Ihr technischer Betreiber ist Nortel (Telecom de France). Dakota hat sich zu $ 16,9 Mio. Investition verpflichtet. Technische Betreiber sind Elcotel, Nortel Brasil und EnerTel. OCA wird in den ersten 5 Jahren 5.000 Telefone einrichten, davon 50% auf Strassen und 60% mit wahlweisem Münzeinwurf. Dakota richtet in 5 Jahren 5.100 Apparate ein, davon 2.550 mit wahlweisem Münzeinwurf. Dieser ist mit Abstand der teuerste Betrieb, da das Geld täglich eingesammelt und verrechnet werden muss. 50% der Apparate werden auf der Strasse zugänglich sein.

***

Das Industrie und Handelssekretariat hat die Firmen Citibank, Alba Cía. de Seguros, Frío y Calor und JR Laurito mit Bussen wegen unlauterer Geschäftsgebahrung und Verstössen gegen Verbraucherrechte bestraft. Ein Inhaber der Mastercard und Visa Kreditkarten zeigte an, dass die Citibank sein Konto ohne seine Bewilligung oder Benachrichtigung mit monatlich $ 4,84 Versicherung belastet habe, wofür sie zu $ 15.000 Busse verurteilt wurde. Alba wurde zu $ 6.000 wegen unlauterer Werbung und die Firmen Frío y Calor und Laurito zu $ 3.000 bzw. 2.000 wegen Verkaufs unsicherer elektrischer Geräte verurteilt.

***

Magneti-Marelli, Zulieferer von Fiat, investiert U$S 4 Mio. in dem von der Kupplungsfabrik Wobron gemieteten Werk, um dort 2 Mio. Stossdämpfer im Jahr herzustellen. Es ist eine Joint venture mit der brasilianischen Cofab. Magneto-Marelli hat ihre Fabrik für Armaturenbretter in Carmen de Areco an die französische Labinal verkauft und fertigt diese nun in Brasilien. Cofab ist eine brasilianische Tochter der Magneto Marelli, die auch ihr Werk für Klimaanlagen (Denso) in Córdoba ausbaut, um 70% ihrer Fertigung auszuführen.

***

Wie im Wirtschaftsministerium bekanntgegeben wurde, lag die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen im Oktober um 3,2% über jener des gleichen Vorjahresmonates. Damit liegt der Index des Statistikamtes Indec für die ersten 10 Monate 1998 um 10,4% über dem Vorjahr. Die Stromlieferungen lagen im Oktober um 0,5% über dem Vorjahresmonat, die Erdgaslieferungen um 7,8%. Beim Telefonbasisdienst nahmen die Stadtgespräche um 7% ab, die Regionalgespräche um 3,9% zu. Gespräche ins Ausland legten 18% zu, aus dem Ausland 5,5%. Die verrechneten Gesprächsminuten legten um 20,1% bzw. 0,6% zu. Zellulartelefonie nahm im Vorjahresvergleich um 45,4% zu, die Zahl der Kfz an Mautstellen der Provinz Buenos Airtes um 65%. Eisenbahnen zählten um 0,6% mehr Fahrgäste, U-Bahnen um 6,6%, der Regionalverkehr der Eisenbahnen um 7,5%. Die Stadbusse beförderten um 10,8% weniger Menschen.

***

Nach 3 Monaten negativer Ergebnisse haben die privaten Rentenkassen AFJP im November wieder 2,85% Gewinn verbucht. Die langfristige Rentabilität liege bei 13%, wie M. Bustos, Generaldirektor der Nación AFJP, erklärte.

***

Der Argentinische Unternehmerrat hat zu der Fiskal-Konvertibilität benannten Gesetzesvorlage positiv Stellung genommen. Sie könnte u.a. das Länderrisiko verringern. Argentinien habe grundlegende Strukturmassnahmen getroffen, die das Defizit unter die Werte des Maastrichtvertrages verringert hat, die Konvertibilität zwinge jedoch zu einer Fiskallage wie, oder besser, als die der USA. Die internationale Konkurrenzfähigkeit fordere eine Verringerung der Steuerlast. Der Unternehmerrat empfehle deshalb die Vertiefung der Debatte über die Gesetzesvorlage.

***

Die Stromlieferanten des Raumes Gross Buenos Aires, Edenor und Edesud, gaben für November, im Vorjahresvergleich, im Durchschnitt 6% Zunahme der Stromlieferungen bekannt. Edenor meldete 5,75% und 5% für die ersten 11 Monate. Edesur 6,2% gegenüber November '97 und 4% in 11 Monaten.

***

Die von der spanischen Repsol kontrollierte Astra (4%) und Pluspetrol (16%) haben kurz vor der Fertigstellung der Erdgasleitung GasAtacama ihre Anteile von 20% an derselben, für einen nicht genannten Preis, an CMS Energy und Endesa verkauft. Die U$S 750 Mio. Investition wird das reiche und energieverbrauchende Bergbaugebiet um Antofagasta mit Gas versorgen. U.a. wird ein Gaskraftwerk von 740 MW gebaut. Die Leitung ist 928 km lang und wird ab März 99, bei Voll-

betrieb, bis 8,5 Mio. cbm/Tag befördern. Eine Abzweigung der Leitung, um die argentinischen Bergbaugebiete um San Antonio, Olacapato und Salar del Hombre Muerto ebenfalls zu versorgen, wird bereits erwogen. GasAtacama muss für Lieferungen nach Chile mit der NorAndino Leitung konkurrieren, die der belgischen Tractebel, Eldenor und Southern Energy gehören.

***

Über die Forderungen um Regierungshilfe angesichts der Krise in der Kfz-Industrie gehen die Meinungen auseinander. Der Unternehmerverband ADEFA, zusammen mit den Gewerkschaften Smata und Uom, den Zulieferindustrien Afac, Adimra und Cimcc hat beschlossen, der Regierung ein Programm für ein Billigstauto, einen Austauschplan und promptere MWSt-Rückvergütungen bei den Ausfuhren zu unterbreiten. Das Billigstauto mit 1.000 ccm Hubraum und Regierungsubvention über Steuern soll derzeit 65% des mengenmässigen Absatzes in Brasilien bestreiten. Ford Argentina sprach sich gegen das Billigstauto aus, da derartige Massnahmen den Markt verzerren, wie J. Mostany betonte.

***

Nach dem Verkauf seiner Nahrungsmittelindustrie in Australien hat Bunge & Born nun auch Granoven (Grandes Molinos Venezuela) für U$S 100 bis 130 Mio. verkauft. Das Unternehmen setzt mit 4 Mühlen, einer Teigwarenfabrik, eine Speiseölfabrik, anderen Nahrungsmitteln und im Getreidehandel U$S 164 Mio. im Jahr um. Cargill setzt in Argentinien U$S 2,1 Mrd. im Jahr, weltweit U$S 56 Mrd. um.

***

C. Richter, Vizepräsident von Carrefour, gab der Presse bekannt, dass das Unternehmen für den Wohnungsbau, 110.000 qm Wohnfläche auf dem ehemaligen Warnesgelände, einen Partner suche. Marktgerüchten zufolge soll es Irsa (G. Soros) sein. Die U$S 30 Mio. Investition in den auf dem gleichen Gelände zu errichtenden Supermarkt, sei Teil des Planes, jährlich 3 neue Supermärkte in Betrieb zu nehmen. 1998 wurden die in Adrogué, Córdoba und San Fernando eröffnet. Im nächsten Jahr sollen in weitere 3 U$S 140 Mio. investiert, und dieser jährliche Investitionsbetrag in den nächsten 4 bis 5 Jahren beibehalten werden. In diesem Jahr wird Carrefour in Argentinien U$S 2,2 Mrd. umsetzen, was sie zur viertgrössten Niederlassung nach Frankreich, Brasilien und Spanien macht.

***

Das Bergbauunternehmen CVSA (Cerro Vanguardia SA), das zu je 46,25% der Südafrikanisch-britischen Anglo American und Pérez Companc und zu 7,5% der provinzeigenen Fomicruz gehört, führt harte Auseinandersetzungen mit der Provinzregierung von Santa Cruz über die Bergbaugebühren. Der auf 15 Jahre ausgelegte Arbeitsplan des Unternehmens sieht für nächstes Jahr die Produktion von 9 t Gold und 90 t Silber vor. Das Unternehmen führt Erschliessungsarbeiten durch, um während der 40jährigen Konzessionsdauer die Möglichkeiten zu nutzen. Zur Zeit der Durchführungsstudien kostete die Unze Gold U$S 400, heute liegt der Preis bei U$S 292. Der Goldgehalt und die eingesetzte Technik gestattet trotzdem noch Rentabilität. Die Provinzregierung fordert 1% auf die Förderung am Ausgang der Mine während das Unternehmen den Standpunkt vertritt, dass es diese Verpflichtung nicht hat.

***

Das Schatzamt wies im November, einschliesslich des Defizites der Provinzrentenkassen, $ 288,7 Mio. Defizit aus, um 60% weniger als im November 1997, in dem es $ 709,2 Mio. betragen hatte. In einer Woche sollen die Ergebnisse der Staatsbetriebe, -körperschaften und Sozialdienste, die den endgültigen Betrag abrunden, bekannt werden, wie Schatzsekretär Guidotti mitteilte. Die IWF-Auflagen ermöglichen für die letzten beiden Monate 1998 einen Fehlbetrag von $ 595,7 Mio., so dass für Dezember über $ 300 Mio. Spielraum bleiben.

***

Baesa (Buenos Aires Embotelladora SA), das Pepsi Cola-Abfüllunternehmen, teilte der Börse mit, dass sowohl die argentinische Wertschriftenkommission als auch die US-Securities and Exchange Commission ihre Ausschreibung von Aktien für U$S 614 Mio. genehmigt haben. Damit sei die Schuldumstrukturierung abgeschlossen und das Unternehmen in der Lage, nach 2 Jahren wieder in Buenos Aires und New York zu kotieren. Baesa vertreibt ausser Pepsi Cola auch Glaciar, Seven Up, Paso de los Toros, Mirinda u.a.

***

Mit Beschluss 539/98 (Amtsblatt vom 4.12.98) hat das Schatzamt verfügt, dass die Ausgabe von Schatzscheinen in SFr. mit Fälligkeit 2003 zu 7%, per 4.12.98 um SFr. 100 Mio. erweitert wird. Der Fälligkeitstermin ist 4.12.98, die Zahlung voll zur Fälligkeit, Ausgabepreis 98,6%, Rückkaufpreis 97,35%, Zinssatz 7% mit jährlicher Fälligkeit.

***

Der Investmentfonds BISA (Bemberg Inversiones SA) hat 60% des Bekleidungsunternehmens Demibell, Inhaber der Marke Caro Cuore, erworben. BISA ist u.a. Inhaber der Colorín Farbenfabrik,75% von Transfármaco, 11,5% von NahuelSat und, gemeinsam mit Zucamor, von Papel Misionero. A. Descher führt Caro Cuores weiter. Das Unternehmen hat, mit 14 Verkaufsstellen im In- und indgesamt 18 im Ausland, 1997 U$S 42 Mio. umgesetzt. Bis 2001 soll dieser Umsatz verdoppelt werden.

***

A. Crespo, Präsident der Cetap (Cámara Empresaria del Transporte Automotor) erklärte, die Branche sei nicht in der Lage, die Zusatzsteuer für den Fonds zur Er-

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II. gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise (Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
					Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich			
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1997										
September	0,0	0,6	0,0	-0,5	-0,7	-1,5	0,6	-4,3	0,2	1,4
Oktober	-0,2	-0,1	0,0	-0,8	0,0	-1,2	0,3	3,3	-0,1	1,9
November	-0,2	-0,1	0,0	-0,4	0,0	-1,2	0,4	8,2	-0,1	1,5
Dezember	0,2	0,3	-0,6	-1,0	0,0	-1,2	-0,5	8,9	-0,1	1,5
1998										
Januar	0,6	0,5	-1,3	-2,3	0,0	-1,2	-4,6	6,0	-0,6	0,5
Februar	0,3	0,5	0,2	-2,2	0,0	-1,2	1,3	1,8	-0,1	0,9
März	-0,1	0,8	-0,3	-2,0	0,0	-1,2	-0,6	0,3	0,2	0,6
April	0,0	1,2	0,1	-1,5	0,0	-1,4	1,1	1,2	0,1	0,8
Mai	-0,1	1,2	-0,2	-2,3	0,0	-1,2	1,1	-0,2	0,0	0,5
Juni	0,2	1,1	-0,1	-2,0	0,0	-1,2	0,7	0,4	0,0	0,4
Juli	0,3	1,2	-0,4	-1,9	0,0	-1,2	-0,9	0,8	-0,1	-0,3
August	0,0	1,1	-0,7	-3,1	0,0	-0,6	-1,3	-3,7	-0,2	-1,2
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	10,0	-0,2	-1,0
Oktober	-0,4	0,9	-1,1	-4,9	0,1	0,2	-1,4	-11,7	-0,0	-0,9
November	-0,2	0,8	-0,9	-5,8	0,0	0,1	-1,3	-12,9	0,2	-0,3

Quelle: INDEC

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	09.10.98	19.10.98	22.10.98	2.11.98	9.11.98	16.11.98	23.11.98	30.11.98
Gold, Devisen u. Anlagen	23,77	23,70	23,83	23,03	23,33	23,02	23,99	23,08
Staatspapiere	1,47	1,49	1,60	1,66	1,67	1,71	1,74	1,78
Internat. Reserven ZB	25,24	25,19	25,43	24,69	25,00	24,73	25,73	34,87
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,45	6,96	6,81	7,25	6,89	7,16	6,54	6,20
Währungsreserven des Finanzsystems	32,69	32,16	32,24	31,94	31,90	31,89	32,27	31,07
Notenumlauf	15,10	14,55	14,26	14,50	15,03	14,68	14,34	14,49
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,06	0,05	0,02	0,03	0,03	0,01	0,01
Monetäre Passiven	15,13	14,61	14,30	14,52	15,06	14,71	14,35	14,50
Nettosaldo Swaps	8,21	8,63	9,17	8,37	8,12	8,18	9,51	8,65
Depositen der Regierung	0,29	0,36	0,30	0,52	0,66	0,96	0,62	1,19
Finanzpassiven	23,34	23,24	23,47	22,90	23,19	22,90	23,86	23,15

Quelle: Zentralbank

höhung der Lehrergehälter zu bezahlen und drohte mit der Einstellung des Nachtdienstes der Stadtbusse (22 bis 4 Uhr). J.C. Arias, Präsident der Fatap (Federación Argentina del Transporte Automotor) gab zu bedenken, dass die Transportunternemen jährlich $ 500 Mio. an Steuern zahlen und den Unterricht zusätzlich mit $ 50 Mio. subventionieren, indem sie Schülerkarten für $0,05 und $ 0,32 ausgeben. Darüber hinaus sei die Zahl der Fahrgäste seit 1992 um 25% zurückgegangen und der Erneuerungsplan der Verkehrsmittel fordere den Austausch von 1.600 Bussen. Eine weitere Steuerbelastung sei undenkbar.

***

Der Kongress hat das Veto der Exekutive überstimmt und das Gesetz 25.037 in Kraft gesetzt (Amtsblatt vom 4. Dezember), durch das alle Theaterstücke von nationalen und bundesstädischen Steuern befreit werden. Der Kongress klärte bei der Überstimmung des Vetos ausdrücklich auf, dass die Steuerbefreiung die Schauspieler, Autoren, Direktoren, Förderer und spezialisierten Techniker umfasst. Ungeklärt bleibt, ob gagenträchtige Schauspieler und Fernsehproduzenten wie Susana Giménez, Mirta Legrand und Tinelli auch von der Gewinnsteuer befreit werden, die die meisten Schauspieler ohnehin nicht bezahlen, weil ihre Gagen unter dem steuerfreien Minimum liegen.

Kassenstand des Schatzamtes (in Mio. $)

		Nov. „97	Nov.98	Nov. 98-97
1)	Laufende Einnahmen	1.484,3	1.647,2	162,9
2)	Laufende Ausgaben	2.032,6	1.893,7	-138,9
3)	Ergebnis (1-2)	-548,3	-246,5	301,8
4)	Kapitalerträge	13,3	97,4	84,1
5)	Kapitalausgaben	69,8	32,6	-37,2
6)	Gesamteinnahmen (1+4)	1.497,6	1.744,6	247,0
7)	Gesamtausgaben (2+5)	2.102,4	1.926,3	-176,1
8)	Ergebnis ohne Provinzrentenkassen (6-7)	-604,8	-181,7	423,1
9)	Ergebnis der Provinzrentenkassen	-104,4	-107,0	-2,6

Quelle: Schatzamt

***

Die Druckerei Ciccone Calcográfica wird zusammen mit der US-Firma Diebold Inc. automatische Kassenschalter im Land herstellen. **Ciccone ist Inhaber der Lizenz für den Vertrieb solcher Kassenschalter in Argentinien, von denen bereits 2.000 abgesetzt worden sind. Die neue Firma wird unter dem Namen Diebold tätig sein und soll 1999 1.000 Kassenschalter herstellen. Das Geschäft blüht im Gefolge der Bankenexpansion. Ex US-Botschafter James Cheek ist als Lobbyist eingeschaltet worden.**

***

Der Präsident des italienischen Konzerns Camuzzi, Ruggero Iannuzelli, berichtete der Presse, dass die Firma ein Kombiwärmekraftwerk für U$S 200 Mio. in Anschluss an das Werk Comandannte Luis Piedrabuena einrichten wird. Hinzu soll eine Hochspannungsleitung von 500 kV zwischen Bahía Blanca und Mar del Plata kommen. Mit Umsätzen von rund U$S 200 Mio. im Jahr ist der Konzern an Camuzzi Gas Pampeana und Gas del Sur, am Wasserkraftwerk Ameghino in Chubut, am Wärmekraftwerk Piedrabuena, an der Transportleitung Transpa und an der patagonischen E-Firma Energía del Sur beteiligt.

***

Die Monatsstatistik von ADEFA über die Fabrikation von Kraftfahrzeugen im November besagt, dass die Produktion um 21,4% gegenüber Oktober gefallen ist, bei geringeren Exporten von 34,7% und Inlandsverkäufen von minus 3,9%. Seit Jahresbeginn wurden hingegen 5,3% mehr Kraftfahrzeuge als im Vorjahr hergestellt. Die Inlandsverkäufe waren im November um 13,2% geringer als im Vorjahresmonat und um 8,9% höher im Elfmonatsvergleich. In absoluten Zahlen wurden im November 31.512 Kfz fabriziert. Die Inlandsabsätze betrugen 30.789 Einheiten, von denen 16.284 im Land hergestellt und 15.557 exportiert worden sind.

***

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)

	1996	1997
Dez.	56.731.344	38.371.827
	1997	**1998**
Feb.	42.218.378	21.525.670
Mär.	59.929.433	83.737.695
Apr.	81.729.710	207.403.411
Mai.	59.270.159	52.516.568
Juni	78.335.159	107.698.425
Juli	16.807.538	22.915.851
Aug.	32.963.468	37.593.175
Sep.	30.119.536	37.996.155
Okt.	49.164.336	85.852.766
Nov.	20.748.776	96.961.488